



# Bürger\*innenbrief

16. Juni 2026

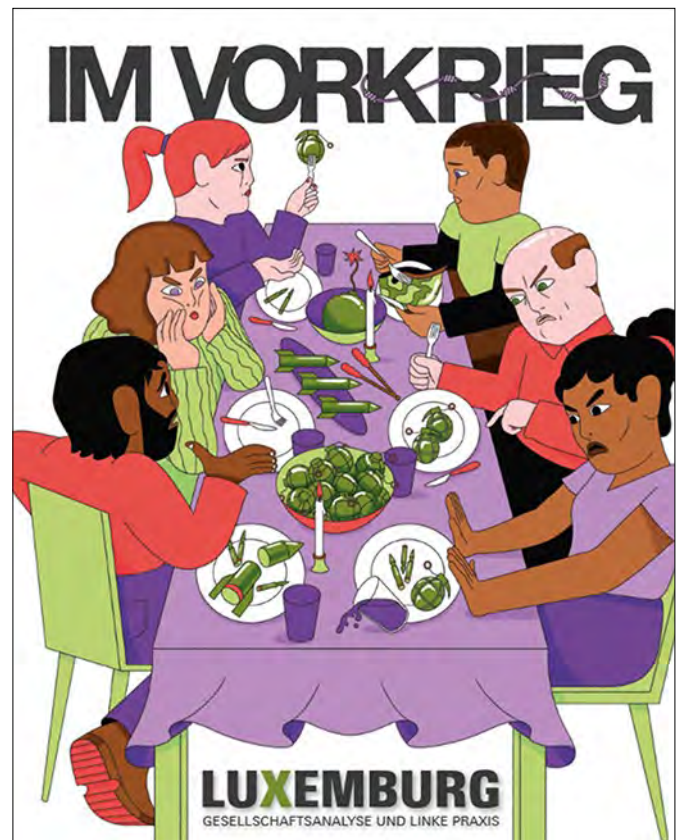
Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**Die Linke**

Nach dem Olympia-Referendum +++ Die eingebildete Mitte +++ Neue Studie zu möbliertem Wohnen +++ Einsatz von Sulfuryldifluorid alternativlos? +++ Taubenschutz in der Warteschleife +++ Mieten steigen auch im Umland +++ Umzug ins »Haus der Bürgerschaft« +++ Parteitag in Potsdam +++ Känguru-Rebellion



Demoaufruf zum 1. Mai (Foto: M. Joho)



Titelblatt der neuen »Luxemburg« 2/2026

## Liebe Leserinnen und Leser,

die hamburgische Olympia-Bewerbung ist durch, ein zweites Mal nach 2015 hat sich die ganz Große Koalition aus SPD, GRÜNEN und CDU umgucken und die Zeichen der Zeit einmal mehr nicht verstanden. Ist es ein Zufall, dass die Zustimmung zur Bewerbung in Stadtteilen mit einem hohen durchschnittlichen Einkommen bei 55,6 Prozent, dagegen in Stadtteilen mit verhältnismäßig geringem Durchschnittseinkommen bei lediglich 40,5 Prozent lag? (Pressemitteilung des Statistikamts Nord). Nein, es schlägt sich darin vielmehr die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nieder. Gerade die

Bewohner\*innen ärmerer, benachteiligter Quartiere haben sich mit überdurchschnittlicher Mehrheit gesagt, dass ihnen Olympische Spiele bestenfalls ein wenig Vergnügen bringen, aber unterm Strich vor allem eine Verschlechterung der sozialen Lage insgesamt. Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands von Anfang Juni weist für Hamburg im Jahre 2025 eine Armutsquote von 18,9 Prozent aus, ein Anstieg gegenüber 2024 um 2,9 Prozent. Und so haben sich bei einer bundesweiten Umfrage des Opaschowski-Instituts für Zukunftsforschung 87 Prozent der Teilnehmer\*innen

besorgt gezeigt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Unter Menschen mit einem Haushaltseinkommen von bis zu 1.499 Euro liegt dieser Wert sogar bei 93 Prozent. Genau das versteht der rötlich-grüne Hamburger Senat eben nicht, und noch viel weniger die CDU-SPD-Bundesregierung.

Ein Blick auf die sogenannten Reformen im Gesundheits- und Renten-, überhaupt im gesamten Sozialbereich unterstreicht diese Einschätzung. Oder was versprechen sich die herrschenden Parteien von einer Senkung des Wohngeldes, angesichts der anhaltenden Mietenexplosion und Wohnungsnot? Von einer »Rasenmähermethode« im Sozialbereich? Von einer Erhöhung der Rezeptgebühren? Von der drohenden Aussetzung der BAföG-Anhebung?

Überhaupt, von wegen Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG. Wer kennt Dorothee Mantel? Eben. Dorothee Bär, geborene Mantel, CSU-Mitglied seit der Jugendzeit, amtierende Forschungsministerin und damit zuständig für die BAföG-Regelungen, äußerte kürzlich, Studierende seien privilegiert und sollten einfach mal jobben gehen, das habe sie schließlich während des Studiums auch gemacht. Es ist der taz zu verdanken, die bei ihren Recherchen feststellen konnte, dass Frau Bär (geboren 1978) nach ihrem Abitur (1999) ein Studium absolvierte (1999 bis 2005) und dafür ein Stipendium der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung bezog. Und bereits 2002 wurde sie schließlich als jüngste CSU-Abgeordnete in den Bundestag gewählt, mit dem Spitzengehalt einer Bundestagsabgeordneten. Eine privilegierte Studentin eben!

Was bei der Debatte um das wachsende Gefälle zwischen Arm und Reich und den verschiedenen »Reform«-Vorhaben wenigstens einen Lichtschimmer birgt, ist der Umstand, dass die Gewerkschaften massiven Widerstand angekündigt haben, am 6. Juni fand erstmals eine »unkürzbar«-Demo »gegen Kürzungen und Sozialabbau« statt, gerade in den letzten Tagen sind Universitätsangehörige und Menschen im Gesundheitsbereich in Hamburg auf die Straße gegangen. »Es brodelte«, fasst das Neue Deutschland die Stimmung zusammen.

Warum nur wurde in letzter Zeit so selten der Zusammenhang zwischen den größten Einschnitten im Sozialbereich seit den Hartz-IV-Gesetzen von 2005 und dem gigantischen Programm für die Aufrüstung der Bundeswehr und Militarisierung in unserer Gesellschaft hergestellt? In diesem Zusammenhang sei auf die neue Ausgabe der »Luxemburg« hingewiesen, dem wissenschaftlichen Periodikum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie beschäftigt sich in der Mai-Ausgabe mit der gegenwärtigen Situation eines Vorkrieges – und zitiert mahnend aus dem Buch »Kassandra« von Christa Wolf 1982: »Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde, unter andern Sätzen: Lasst euch nicht von den Eignen täuschen.«

Heike Sudmann und Stephan Jersch  
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

## Hände weg vom Asylrecht – Bleiberecht für Alle!

Unter dieser Parole ruft die Gruppe »Jugendliche ohne Grenzen« (JoG) für **Mittwoch, den 17. Juni**, auf zu einer Demonstration »gegen die rassistische Politik der Innenminister\*innenkonferenz in Hamburg«. Die ist nämlich vom 17. bis 19. Juni zu Gast an der Elbe. JoG fordert u.a., die Lagerpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Bezahlkarte abzuschaffen. Die Demo startet an diesem Mittwoch um 18.00 Uhr auf dem Heidi-Kabel-Platz gegenüber vom Hauptbahnhof. Den Bündnisaufruf gibt es hier.

## Rote Karte für den sozialen Kahlschlag

Und gut zwei Wochen später, am Freitag, den 3. Juli, rufen Hamburgs Gewerkschaften auf zum Sozialprotest gegen die Kürzungs- und Streichungspolitik im gesamten sozialen Sektor. Bei Redaktionsschluss des BB gab es bisher lediglich eine Instagram-Ankündigung. Wer am Ball sein möchte, guckt in den nächsten Tagen hier.



# Nach dem Olympia-Referendum... ist nicht wieder vor dem Referendum?

Von Heike Sudmann

Am 31. Mai haben 54,9 Prozent beim Referendum gegen die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele in Hamburg 2036, 2040 oder 2044 gestimmt. Wie bei der Abstimmung 2015 lag die Beteiligung bei rund 50 Prozent der Wahlberechtigten. Während vor gut zehn Jahren das Nein mit 51,9 Prozent nur knapp vorne lag, ist es jetzt mit fast 55 Prozent eindeutig und klar. Damit sollte für die nächsten Jahr(zehnt)e das Thema Olympia vom Tisch sein.

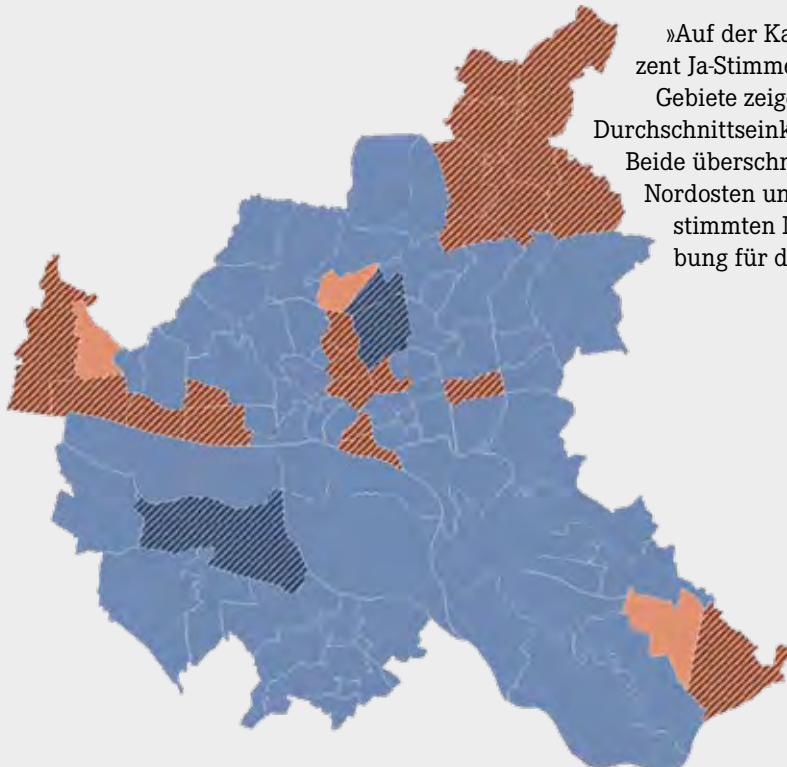
## »Es ist endlich vorbei!«

Das werden nicht nur die Hamburger\*innen gedacht haben, die von den vielen »Wahl«plakaten und der massiven Werbung (vor allem für ein JA) genervt waren. Auch die aktiven Befürworter\*innen und Gegner\*innen dürften nach monatelangem Einsatz an Infoständen, bei Haustürgesprächen, beim Flyerverteilen u.a. erstmal froh sein, dass diese Arbeit vorbei ist.

Die Befürworter\*innen in Senat und Bürgerschaft haben viel lamentiert über die 45 Prozent der mit JA Abstimmenden, die jetzt enttäuscht seien, weil Olympia nicht nach Hamburg käme. Es ist schwer zu beurteilen, wie stark sich die Absage an ein Ereignis, das in 10, 14 oder 18 Jahren kommen sollte, heute und in naher Zukunft auf die Einzelnen auswirkt. Um so wichtiger ist es, jetzt zu zeigen, dass die Milliarden Euro, die der Hamburger Senat mit oder ohne Unterstützung

vom Bund für das olympische Investitions- und das Dienstleistungsbudget hätte ausgeben müssen, jetzt besser angelegt werden können. Für neue Breitensportstätten, damit die Vereine sich nicht länger um Hallenzeiten und Fußballfelder »kloppen« müssen. Für Inklusion, die dem Senat in seiner Pressemitteilung am 31. Mai abends und in der Pressekonferenz am nächsten Tag kein Wort mehr wert war – obwohl in den letzten Monaten gerade die Inklusion immer als wichtiges Argument vom Senat nach vorne geschoben wurde. Für ein sozialeres Hamburg – denn die mehrheitliche Zustimmung in einkommensstarken Stadtteilen und die mehrheitliche Ablehnung in Stadtteilen mit geringerem Einkommen zeigt nicht nur die soziale Spaltung, sondern auch ganz andere Bedürfnisse als ein vierwöchiges Event, dem sich alles unterzuordnen hat.

»Die Zustimmung lag in Stadtteilen mit verhältnismäßig geringem Durchschnittseinkommen bei 40,5 Prozent. In Stadtteilen mit einem hohen durchschnittlichen Einkommen stimmten dagegen 55,6 Prozent der Menschen mit Ja« (Statistikamt vom 1.6.).



»Auf der Karte sind die Stadtteile mit mehr als 50 Prozent Ja-Stimmen rot eingefärbt. Die schraffierten Gebiete zeigen die Stadtteile, in denen das jährliche Durchschnittseinkommen bei mehr als 60.000 Euro liegt. Beide überschneiden sich weitgehend: Insbesondere im Nordosten und in den Wohnlagen an Elbe und Alster stimmten Menschen mehrheitlich für eine Bewerbung für die Olympischen Spiele« (NDR vom 2.6.).

### **Fehleinschätzung des Senats vorher – und fehlende Selbstkritik nachher**

Die Stimmung der Hamburger\*innen sei ganz anders als 2015, war vom Ersten Bürgermeister und den Senator\*innen immer wieder zu hören. Eine Mehrheit der Hamburger\*innen sei nun für die Austragung der Olympischen Spiele in Hamburg. Doch die Hamburger\*innen haben sich vom Senat und seiner kolossalen Olympia-Materialschlacht nicht blenden lassen. SPD, GRÜNE, CDU und Wirtschaft verpulverten zig Millionen Euro, diffamierten Kritiker\*innen des Olympia-Konzepts als »schlecht gelaunt« und kleingeistig. Die ebenso arrogante wie unlautere Kampagne hat unsere Stadt gespalten, auch mit moralischer Erpressung und Drohungen: Verkehrsprojekte, Wohnungsbau, Barrierearmut – alles sollte plötzlich nur noch mit Olympia gehen. Was für ein Armutszeugnis für einen Senat, der selbst die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben zur Inklusion von Olympia abhängig machen wollte. Der Erste Bürgermeister sowie alle Senatsmitglieder müssen Konsequenzen ziehen und sich und ihre Politik hinterfragen. Die Probleme der Stadt müssen jetzt und nicht erst in 14 oder 18 Jahren gelöst werden. Dabei hätten auch keine Olympischen Spiele geholfen.

### **Rücktrittsforderungen**

Nach dem gescheiterten Referendum, das der Senat angestoßen hatte, kamen Rücktrittsforderungen – wahlweise an Peter Tschentscher, Andy Grote oder andere Senator\*innen gerichtet. DIE LINKE hat sich diesen Forderungen nicht angeschlossen. Es war nicht nur Peter Tschentscher, es war der gesamte Senat, der für Olympia getrommelt hat. Bei einem Rücktritt von Tschentscher wäre ein anderes Senatsmitglied

Bürgermeister\*in geworden. An der Politik des Senats hätte sich nichts geändert. Wir als LINKE werden weiterhin alles dafür tun, damit der Senat endlich eine Politik macht, die gegen die soziale Spaltung anarbeitet, die vielen Menschen die Angst nimmt, bald Miete und Lebensmittel nicht mehr zahlen zu können.

Interessant war übrigens eine öffentlich zu beobachtende Mutation: Einer der größten Olympia-Befürworter wurde quasi innerhalb von Sekunden zum größten Kritiker des Senats. Sein Name: Dennis Thering. Seine Ämter: Vorsitzender der CDU Hamburg und der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Seine durchschaubare Taktik: Ein Gewinn des Referendums zahlt auf sein Konto ein. Eine Niederlage haben allein SPD und GRÜNE zu verantworten.

### **Am Ende lässt sich feststellen,**

dass David gegen Goliath gesiegt hat. Wo die Befürworter\*innen zig Millionen Euro investiert haben, haben die Kritiker\*innen und Gegner\*innen mit nicht mal 100.000 Euro für ihre Ausgaben, dafür aber mit um so größerem (ehrenamtlichen) Engagement und vielen Fakten überzeugt. Die Initiative NOlympia, viele Mitglieder der LINKEN und weitere Kritiker\*innen haben eine tolle Arbeit geleistet. Dafür haben sie einen Riesenapplaus und Anerkennung verdient.

Ein Dank gebührt aber auch allen Hamburger\*innen, die sich mit dem Thema Olympia auseinandergesetzt und die am Referendum teilgenommen haben. Egal, ob sie mit Ja oder Nein gestimmt haben. Ärgerlich ist und bleibt, dass viele Menschen, die in Hamburg teilweise schon lange leben und Steuern zahlen, nicht abstimmen durften, weil ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft fehlt.

Wer gerne Podcasts hört, hat nun die Möglichkeit, sich einen mit Heike Sudmann anzuhören. Gute 25 Minuten lang geht es um das erfolgreiche »Nein« zu Olympia, um (Vor-)Urteile zu linker Politik, um Fragen zum Essen, zur Frisur und Brille (!). Hört selbst rein: [www.ahoyradio.de/wieistdielage/episode/37f59b51/heute-mit-heike-sudmann](http://www.ahoyradio.de/wieistdielage/episode/37f59b51/heute-mit-heike-sudmann).



## Heute mit Heike Sudmann

Wie ist die Lage?

## Nachklapp zur abgelehnten Olympiabewerbung

Entgegen unserer üblichen Praxis, im vorderen Teil des Bürger\*innenbriefes über anliegende Kundgebungen und unsere eigenen Beiträge und parlamentarischen Initiativen zu berichten und im hinteren Teil – nach den »Tipps und Terminen« – längere Artikel und Gastbeiträge zu präsentieren, ziehen wir dieses Mal einen Kommentar »von außen« nach vorne. Genauer, ein Statement von Dr. Wolfgang Kraushaar, in dem er sich mit der Nachberichterstattung der Olympiabewerbung im »Hamburger Abendblatt« und den Einschätzungen des Senats nach der dessen Niederlage beim Referendum beschäftigt. Wir danken dem Autor für die Möglichkeit, seinen kritischen Kommentar im BB zu veröffentlichen. Wolfgang Kraushaar ist Autor und Politikwissenschaftler. Er hat lange Zeit am Hamburger Institut für Sozialforschung gearbeitet. Seine letzte Publikation ist 2025 in Kalkutta erschienen und heißt »The Revolt of the Educated«. In seiner Jugend war er Leichtathlet und ein Befürworter Olympischer Spiele.

# Die eingebildete Mitte

Von Wolfgang Kraushaar

Mir ging es wie vielen anderen auch. Als ich vom klaren, von nicht wenigen allerdings unerwarteten Sieg der Olympia-GegnerInnen erfuhr, war ich zunächst einmal erleichtert, dass die weitere Entwicklung der Stadt nach dem Fiasko des Elbtowers, dem mindestens bis 2040 andauernden Bau der U 5 und dem sich seit Jahren auswachsenden Verkehrschaos nicht noch durch ein weiteres unkalkulierbares Abenteuer belastet werden würde. Nach dem ersten verloren gegangenen Olympia-Referendum von 2015, damals noch unter Olaf Scholz, ist ja nun wohl endgültig Schluss mit weiteren Versuchen, sich den wohl prestigeträchtigen, gleichwohl aber auch korruptionsverdächtigen sportlichen Groß-Wettbewerb an Land ziehen zu können.

Der einzige Wermutstropfen, so schoss es mir durch den Kopf, könnte nun darin bestehen, dass jemand auf die Idee käme, den Erfolg nun als einen »Sieg der politischen Ränder« auszugeben und ihn damit möglicherweise der nachträglichen Diskreditierung anheimzustellen. Und genau das las ich am Tag danach in dem von Lars Haider, dem Chefredakteur des »Hamburger Abendblattes«, verfassten Leitartikel.

Nach der Erörterung der Gründe, warum sich die Hamburger Bürgerinnen und Bürger trotz der massiven vom Senat initiierten Werbekampagne für eine Olympia-Bewerbung so glatt verweigert hatten, hatte er sich darin auf die Frage konzentriert, warum eigentlich die Volksabstimmung von den »Parteien der Mitte« gegenüber denen »der politischen Ränder« verloren gegangen sei. Nun könne sich, so fügte er hinzu, neben der Partei der LINKEN wohl auch noch die AfD »als Sieger fühlen«.

Das machte mich einigermaßen hellhörig. Denn in dieser Argumentation blieb ungeklärt, was die Redeweise von den »politischen Rändern« eigentlich meint? Steht sie eher für wirtschaftliche und soziale Schwäche, gar Deklassierung, oder aber für »extremistisch«? Dann klänge das nach Demokratiefeindlichkeit und wäre zumindest potenziell ein Fall für den Verfassungsschutz. Und hätten damit nicht zugleich auch die Gewinner der Volksabstimmung insgesamt unter Verdacht gestellt werden sollen?

Nun, wenn es sich von den politischen Konkurrentinnen oder Konkurrenten am Sonntagabend irgendjemand hätte erlauben können, sich als insgeheime »Siegerin« zu präsentieren, dann wäre es wohl am ehesten die Co-Fraktionschefin der LINKEN, Heike Sudmann, gewesen. Sie hatte die vom Senat mit nahezu allen ihr zur Verfügung stehenden Vermarktungselementen durchgeführte Kampagne, der sich auch die CDU als größte Oppositionspartei bereitwillig unterwarf, nicht nur fortwährend kritisiert. Sie war auch mutig genug gewesen, das in ihren Augen wohl nur als gering einzuschätzende Risiko einzugehen und deren Scheitern vorherzusagen.

Am 19. Mai war Frau Sudmann immerhin eine Tür zum »Hamburger Abendblatt« geöffnet worden. Sie konnte darin ein flammendes Plädoyer für die Ablehnungsfront veröffentlichen, in dem sie so weit gegangen war, dem Senat und damit zugleich auch allen anderen Mitbetreibern der Pro-Kampagne »Schöngerechnete Kosten und moralische Erpressung« vorzuwerfen. Ihre Argumente dürften, so ist zu vermuten, bei nicht wenigen der Unentschlossenen gezogen haben. Zuerst wies sie darauf hin, dass das IOC bei Olympischen Spielen zwar Milliarden Gewinne erziele, dafür aber keinerlei Steuern



Der Protest war erfolgreich (Foto: Pressestelle der Linksfraktion)

zahle und zudem nur einen eher winzigen Teil an die jeweilige Gastgeberstadt entrichtete. Aber nicht nur das. Außerdem führte sie auch noch das für das Hamburger Pro-Lager besonders beschämende Ergebnis einer Studie der Universität Oxford an, wonach seit den im Sommer 1960 in Rom stattgefundenen Olympischen Spielen die Kostenvorhersagen aller weiteren Spiele um durchschnittlich 176 Prozent überschritten worden seien. Das dürfte einigen Unterstützern endgültig die Schweißperlen auf die Stirn getrieben haben.

Demgegenüber stach eine der von der auf elektronischen Werbeträgern massenhaft in der Stadt verbreiteten Parolen besonders hervor. Sie erinnerte stark an die Kraftmeierei von Ex-Kanzler Scholz, der ja angesichts drohender Finanzierungslücken im Bund nur allzu schnell dazu bereit gewesen war, eine rhetorisch eher im Gangstermilieu zu lokalisierende »Bazooka« hervorholen zu wollen – sie lautete: »Booster«, »Booster« und noch mal »Booster«. Angesichts einer derartigen Ballermann-Vokabel musste das damit im Zuge der sportlichen Mega-Veranstaltung als »nachhaltig« in Aussicht gestellte »Wirtschaftswachstum« all jenen nur als zu verdächtig erscheinen, die nicht auf die Lektüre von Boulevard-Blättern geeicht waren.

Das mit allen nur denkbaren Ingredienzien beförderte Projekt Olympia war offensichtlich nichts anderes als ein Mittel zum Zweck – dem einer sozialdemokratisch beweihräuchernden Profitmaximierung. Und die Tatsache, dass ein prominenter, gerade einmal 80-jähriger Sprücheklopfer auf den letzten Drücker noch mit der Floskel »Cooles Ding« hervorgekramt worden war, dürfte auch nicht gerade dazu geeignet gewesen sein, die bereits aufgezeigten Defizite an Vertrauenswürdigkeit zu kompensieren. Ebenso wenig wie die stumpfe Pointe eines Profi-Tennispielers, der mit der Erkenntnis meinte aufwarten zu müssen, dass Hamburg nur noch »einen Satz« von der Weltspitze entfernt sei.

Gemessen an diesem Rummel der Begehrlichkeiten wirkte Frau Sudmann geradezu als eine Stimme der Vernunft. Ganz im Gegensatz zum Ersten Bürgermeister, der sonst ja die Rolle des nüchternen Realpolitikers besetzt. Doch ausgerechnet Herr Tschentscher wurde durch die von ihm selbst initiierte und in jeder, auch in problematischer Hinsicht zu verantwortende Olympia-Kampagne in seinem Ruf schwer beschädigt. Denn er hatte ja auf eine Mixtur aus blanker Emotionalisierung und nackter Erpressung gesetzt und damit entgegen aller Maximen der Werbewirtschaft auch noch krachend verloren.

Eine Oppositionspolitikerin, die in den Bürgerschaftsversammlungen seit Jahr und Tag durchweg mit empirisch belegbaren Positionen aufzuwarten weiß, führte also den von ihr ausgerufenen »Kampf eines David gegen einen Goliath« an. Und angesichts der geballten Wirtschaftsmacht, die der Senat förmlich im Schlepptau hinter sich herzog, war das wahrlich nicht übertrieben. So weit, so könnte man unken, sind wir inzwischen, dass es mit der Frau an der Spitze der Olympia-Gegner ausgerechnet eine Repräsentantin der sonst so ungeliebten Linksfraktion war, die die in den abgehängten Vorstädten grassierenden Nöte zu artikulieren und ihnen eine Stimme mit einem nicht unerheblichen Gewicht zu verleihen

vermochte. Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann hatte es demgegenüber wesentlich einfacher. Er musste sich lediglich in den Schatten der Kontra-Positionen seiner Konkurrentin stellen, um am Erfolg teilhaben zu können. So etwas kann man auch als Trittbrettfahrerei bezeichnen.

Nun aber, nachdem der Senat, inklusive seiner größten, sich aber selbst neutralisierten Oppositionspartei CDU, die Olympia-Befürwortung deutlicher noch als in den Umfragen prognostiziert an die Wand gefahren hat, hilft es nicht sonderlich auf diejenigen zu verweisen, die zumeist nur als »die Schmuttelkinder der Politik« isoliert und ausgegrenzt worden sind. Sicher, es kann nicht gefallen, dass jetzt DIE LINKE mit der AfD in einen Topf geworfen wird. So als gäbe es eine Gemeinsamkeit zwischen jenen beiden Oppositionsparteien. Doch genau das Gegenteil ist richtig. Schließlich repräsentieren sie die stärksten politischen Kontrahenten. Und die Insinuation, dass sich »die Extreme berühren« würden, rührt eher von einer Sehschwäche der anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien her. Die Befähigung, der Bevölkerungsmehrheit eine Stimme zu geben, die man in der gängigen politischen Geografie zumeist nur als Vertreter der sozial Schwächeren oder gar als »extremistisch« abqualifizierten »Ränder« einordnet, darf im Nachhinein nicht zerredet werden.

Lars Haider hat zwar einerseits dargelegt, warum der krachende Misserfolg der Olympia-Befürworter weder dazu führen würde, dass die rot-grüne Senatskoalition daran zerbräche, noch den Rücktritt von Herrn Tschentscher aus dem Amt des Ersten Bürgermeisters nach sich zöge, andererseits jedoch gleichzeitig betont, dass der Senat nicht mehr einfach »so weiterregieren könne wie bisher«. Was aber heißt das überhaupt?

Und wofür steht das Scheitern des Hamburger Senats an seiner eigenen Olympia-Bewerbung eigentlich? In erster Linie dürfte es zumindest einer Misstrauenserklärung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der rot-grünen Sport- und Eventpolitik gleichkommen. Unbestreitbar ist jedenfalls, dass die in der Pro-Olympia-Kampagne des Senats dominanten Wirtschaftsargumente einfach nicht verfangen haben. Sie konnten den überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht überzeugen. Bei ihr war der Verdacht, dass am Ende ganz allgemein »die Steuerzahler« sowie die Unterprivilegierten und die wirtschaftlich Abgehängten im Besonderen wohl die Zeche bezahlen müssen, offenbar stark ausgeprägt.

Das scheinen die bislang vom Statistikamt Nord verbreiteten Analysen jedenfalls zu belegen. Während in den wohlhabenderen Stadtteilen wie Blankenese, der Hafencity, Harvestehude, Rotherbaum und Wellingsbüttel die Olympia-Befürworter angesiedelt waren, so konnten in den sozial schwächeren Stadtteilen wie der Sternschanze, St. Pauli, Billbrook, Wilhelmsburg und der Veddel etwa die Gegner verzeichnet werden. Auch wenn wir in keiner krassen Klassengesellschaft mehr leben, so scheinen sich in dieser Spaltung dennoch aber Konturen abzuzeichnen, die in eine derartige Richtung weisen. Umriss, die mit der von dem Soziologen Helmut Schelsky in den Fünfzigerjahren verbreiteten Ansicht, dass sich die Nachkriegsdeutschen mehr und mehr zu

einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft entwickelt hätten, konfliktieren.

Hamburg stand als Bewerber für die Durchführung Olympischer Spiele offenbar in dem Ruf, nur wenig bis gar nichts für den Breitensport, aber alles für die Organisation eines Luxus-Events zu unternehmen. Der Kerneinwand lautete deshalb, warum soll eigentlich eine Stadt von knapp zwei Millionen Einwohnern, in denen die Reichen immer reicher und die sozial Schwächeren immer ärmer werden, Milliardenbeträge zur Finanzierung eines globalen Medien-Events investieren, das nicht länger als zwei Wochen andauert und weder in den zentralen Problemfeldern Wohnen, Verkehr und Bildung für eine Verbesserung sorgt, geschweige denn mit einer nachhaltigen der Lebensbedingungen einhergeht? Das erscheint mir wie von der LINKEN-Politikerin Sudmann argumentativ vorausgedacht in jeder Hinsicht rational begründet zu sein. Dem wird sich der Senat mit Herrn Tschentscher und Frau Fegebank an der Spitze stellen müssen, anstatt weiter – wie bereits wiederholt verbreitet – die Kunde vom *business as usual* von sich zu geben. Dafür wird das abermalige Scheitern des Olympia-Projekts zu lange nachhallen.

Dafür spricht auch die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband nur wenige Tage später zur Wohnarmutsquote verbreitete Meldung, dass Hamburg im Vergleich der Bundesländer nach Bremen (33,4%) und Sachsen-Anhalt (28,0%) mit 25,9%

mittlerweile auf dem dritten Platz rangiert. Es sind 487.000 Menschen, also ein Viertel der Gesamtbevölkerung, die – wenn man nur bereit ist, neben den Wohnkosten auch die Warmmiete und die Stromkosten zu berücksichtigen – in Hamburg objektiv arm sind. Diese Zahlen, so Kristin Alheit, die Geschäftsführerin des Verbandes, seien »ein Alarmsignal für Hamburg«: »Wohnen ist in unserer Stadt zur immensen Armutsfalle geworden.« Es seien aber nicht einfach nur die Ärmsten, die unter den extrem hohen Mieten zu leiden hätten. Die Wohnkostenkrise sei längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mehr und mehr würden sie dadurch an den Rand des Existenzminimums gedrängt.

Die vielbesagte Mitte der Gesellschaft ist insofern gleich in doppelter Hinsicht »eine eingebildete Mitte«. Zum einen, weil ihre Repräsentierenden, wie sie beim Olympia-Referendum wieder einmal unfreiwillig unter Beweis gestellt haben, zur Arroganz neigen, und zum anderen, weil weder die soziale noch die politische Mitte als Selbstverständlichkeit gelten können. Dieser Mythos des Wirtschaftswunderlandes Bundesrepublik bröckelt. Um das zu erkennen, wäre die Olympia-Abstimmung wahrlich nicht nötig gewesen. Ohne ein solch überflüssiges Umfrageergebnis hätte man sich die Vergeudung von 18 Millionen für die Durchführung des Referendums, davon zwei Millionen für die Werbe-Kampagne sparen können. Beides dürfte überflüssig wie ein Kropf gewesen sein.

## JA zu Olympia in Hamburg




Am 31. Mai entscheiden Sie!

**Es geht nicht nur um ein Sportereignis.  
Es geht um unsere Stadt.**

Mit den Olympischen und Paralympischen Spielen können wir in Hamburg gemeinsam Großes möglich machen – **für die nächsten Generationen, für den Sport und für eine nachhaltige, inklusive Zukunft.**

Berlin und München hatten ihre Spiele.  
Jetzt hat der Norden die Chance.

 **Nutzen wir diese Chance.  
Stimmen Sie mit JA für Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg.**



**Sina Imhof,**  
Vorsitzende Grüne  
Fraktion Hamburg

**Dirk Kienscherf,**  
Vorsitzender SPD-  
Fraktion Hamburg

Dokument einer Niederlage: Aus dem »Informationsheft Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele am 31. Mai 2026«

# Neue Studie zu möbliertem Wohnen: Wohnen Sie flexibel oder unflexibel?

Von Luzian Massarat

In einer neuen Studie im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) wird der Wohnungsmarkt für »flexibles Wohnen« betrachtet. Mir war der Begriff bisher völlig unbekannt, deshalb musste ich erstmal googeln. Das hat leider wenig geholfen, denn was allgemein hin als flexibles Wohnen verstanden wird, hat wenig mit der Studie zu tun. Der Senat meint mit seiner Wortneuschöpfung das, was wir anderen als möbliertes Wohnen bezeichnen und möchte es so wohl mit einem positiveren Image versehen.

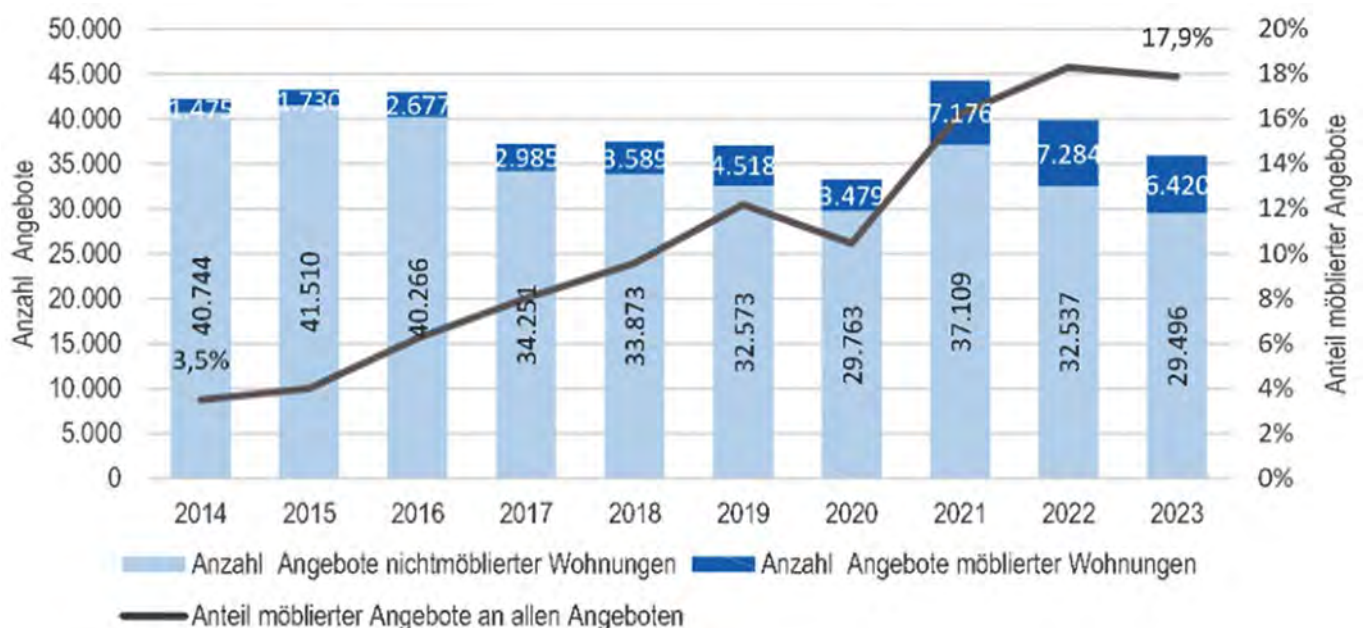
Die Studie zeigt, dass die Anzahl der Inserate für möbliertes Wohnen in Hamburg von 2014 (1.475 Inserate) bis 2023 (6.420 Inserate) um sage und schreibe 335 Prozent angestiegen ist! Gleichzeitig sank die Anzahl von Inseraten für unmöblierte Wohnungen, sodass der Anteil von Inseraten möblierter Wohnungen am Gesamtangebot im gleichen Zeitraum von 3,5 auf 17,9 Prozent kletterte. In Eimsbüttel ist fast jede dritte inserierte Wohnung möbliert, in anderen Stadtteilen ist es jede vierte. Besorgniserregend ist dabei, dass viele Mieter\*innen ihr neues Domizil anmieten, obwohl sie eigentlich keine möblierte Wohnung wollen. 67,6 Prozent der Mieter\*innen möblierter Wohnungen waren ursprünglich nicht auf der Suche nach einer möblierten Wohnung. Von diesen bezogen 30,3 Prozent nur deswegen eine möblierte Wohnung, weil sie

anderswo abgelehnt wurden und also keine andere Bleibe fanden.

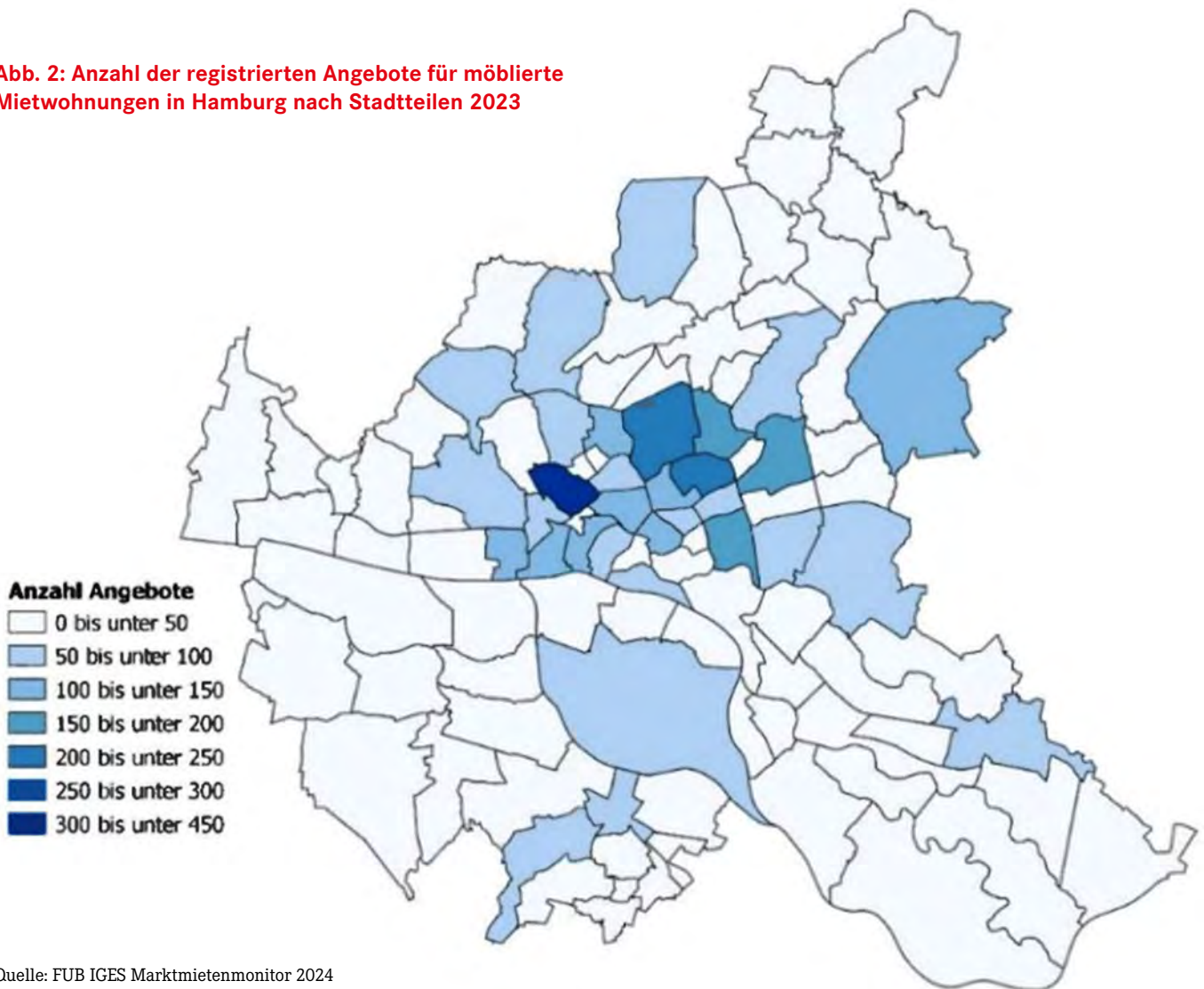
Dass es trotzdem immer mehr dieser Wohnungen gibt, liegt wohl auch daran, dass sich mit möbliertem Wohnraum mehr Geld verdienen lässt. Die Angebotsmieten für möblierte Einheiten liegen im Schnitt ganze 6 Euro pro Quadratmeter über denen nichtmöblierter Wohnungen. Da der Möblierungszuschlag bislang nicht gesondert im Mietvertrag ausgewiesen werden muss und nicht begrenzt ist, können Vermieter\*innen mit einigen günstigen Möbeln die vermeintliche Mietpreisbremse einfach umgehen und höhere Mieten verlangen.

Zumindest dagegen plant die Bundesregierung eine Gesetzesänderung, die den Möblierungszuschlag begrenzen würde. Gleichwohl bleibt Handlungsbedarf. Auch die Stadtentwicklungssenatorin gibt zu, dass möbliertes Wohnen ein Problem ist - insbesondere für junge Menschen - und damit die Mietpreisbremse umgangen wird. Sie sieht einen konkreten Handlungsdruck. Aber welche Handlungen folgen? Neben dem Verweis auf die Gesetzesänderung im Bund - die richtig und wichtig ist - führt die Senatorin wieder einmal gebetsmühlenartig nur die Neubaupläne an. Der reflexhafte Hinweis auf Neubau ersetzt aber keine Kontrolle bestehender Mietverhältnisse.

**Abb. 1: Angebotsvolumen möblierter und nichtmöblierter Wohnungen und Anteil der Angebote möblierter Wohnungen an allen Angeboten in Hamburg 2014–2023**



Beide Abbildungen aus der 110-seitigen, gar nicht so leicht zu findenden »Studie »Flexibles Wohnen« in Hamburg« der BSW mit Stand vom März 2026

**Abb. 2: Anzahl der registrierten Angebote für möblierte Mietwohnungen in Hamburg nach Stadtteilen 2023**

Quelle: FUB IGES Marktmietenmonitor 2024

Um möbliertes Wohnen tatsächlich konkret anzugehen, könnte es in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung wie St. Pauli, Eimsbüttel oder Altona-Altstadt untersagt werden oder – auf Bundesebene – insgesamt genehmigungspflichtig werden. Bei sehr hohen Mieten – auch von möbliertem Wohnraum – könnte zudem Mietwucher vorliegen, den die Wohnraumschutzämter untersuchen müssten. Die Studie selbst problematisiert zu lange Befristungen und Kettenverträge, mit denen die Mietpreisbremse umgangen würde.

Auch das könnte die Senatorin aufnehmen. Um die Wirksamkeit der Bundesgesetzänderung zu beobachten und Vergleichbarkeit mit anderen Städten zu schaffen, wäre es zudem sinnvoll, den Teilmarkt möblierten Wohnens zukünftig genau im Blick zu behalten und regelmäßige Daten zu erheben.

Statt die Studie also nur nickend und besorgt zur Kenntnis zu nehmen, sollte der Senat sich endlich mit den Vermieter\*innen anlegen und tätig werden. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, allein der politische Wille fehlt der SPD bisher.

## **Sulfuryldifluorid – zwischen Zulassung und Alternativverfahren**

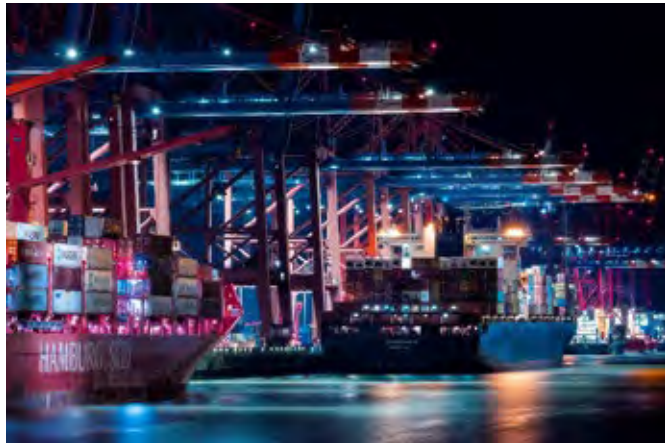
Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

In Hamburg werden Exporthölzer, die vor allem nach China exportiert werden, mit Sulfuryldifluorid begast, einem hochwirksamen Treibhausgas. Die »Deutsche Umwelthilfe« hat mit Unterstützung des »Umweltinstituts München« die Stadt Hamburg wegen dieser Holzbegasung verklagt. Was zunächst nach einem unscheinbaren Fachstreit klingt, entpuppt sich

bei näherer Betrachtung als ein handfester Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und glaubwürdigem Klima- und Umweltschutz.

Im Zentrum steht der Einsatz von Sulfuryldifluorid (SO<sub>2</sub>F<sub>2</sub>), einem farb- und geruchlosen Begasungsmittel, welches im Hamburger Hafen zur Behandlung von Stammholz für den

Export – insbesondere nach China – eingesetzt wird. Das Problem: Sulfuryldifluorid besitzt ein enormes Treibhauspotenzial. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wirkt das Gas 7.500-mal klimaschädlicher als Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>). Nach der Begasung verbleibt das Gas nicht in einem geschlossenen Kreislauf, sondern wird beim Öffnen der Container vollständig in die Atmosphäre freigesetzt.



Sauberer Hafen? (Quelle: Niklas9416 auf Pixabay.com)

Dass Hamburg beim Einsatz von Sulfuryldifluorid eine besondere Rolle spielt, kommt nicht von ungefähr. Der Hamburger Hafen entwickelte sich in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Standorte für den Einsatz von Sulfuryldifluorid. Während Politik und Verwaltung regelmäßig ambitionierte Klimaschutzziele verkündeten, wurden gleichzeitig erhebliche Mengen des klimaschädlichen Begasungsmittels eingesetzt. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit könnte in Hamburg kaum größer sein.

Mittlerweile ist durch sinkende Holzexporte ein Rückgang des Einsatzes von Sulfuryldifluorid zu beobachten. Während im Jahr 2023 noch rund 196 Tonnen des Gases eingesetzt wurden, waren es im Jahr 2025 »nur« noch etwa 85 Tonnen. Parallel dazu gingen auch die Rundholzexporte deutlich zurück

– von rund 921.696 Kubikmeter im Jahr 2023 auf 337.570 Kubikmeter im Jahr 2025 (siehe [Große Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft](#)). Die sinkenden Mengen beim Begasungsmittel sind nicht das Ergebnis eines ökologischen bzw. klimapolitischen Umdenkens. Weniger Holzexporte führen zwangsläufig zu weniger Begasung. Dafür braucht es weder neue Klimastrategien noch politischen Mut.

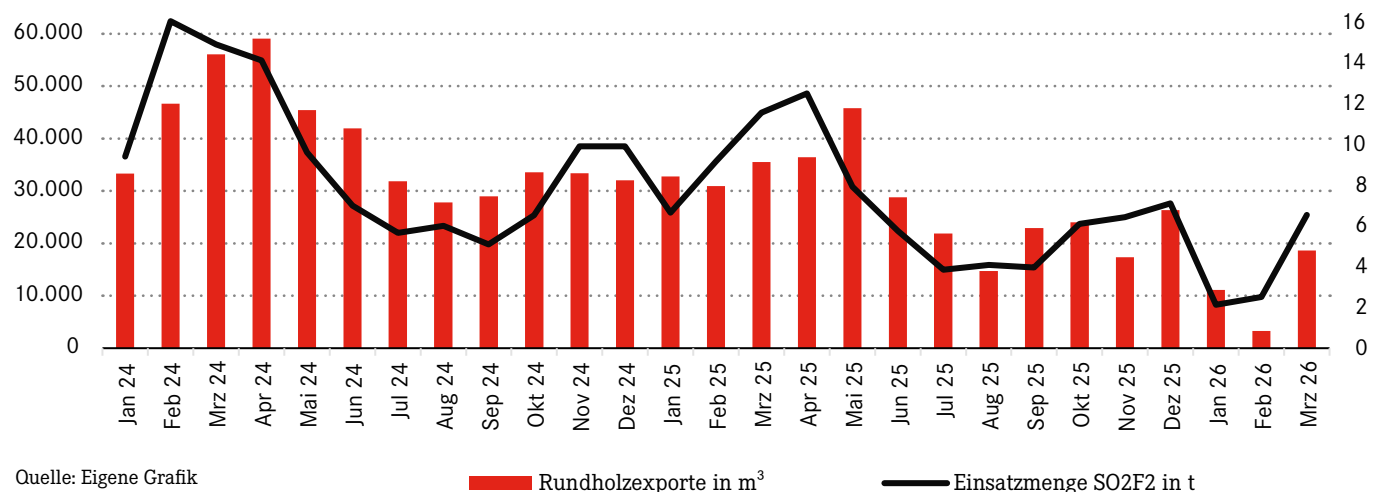
Die nachfolgende Abbildung zeigt die Menge der Rundholzexporte (linke Achse, blaue Säulen) sowie den Einsatz von Sulfuryldifluorid (rechte Achse, orangene Linie) im Zeitraum von Januar 2024 bis März 2026.

Inzwischen hat die Klage Wirkung gezeigt. Nachdem die Deutsche Umwelthilfe mit Unterstützung des Umweltinstituts München gegen die Zulassung von Sulfuryldifluorid vorgegangen ist, widerrief das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Zulassung für die Begasung von Exportholz. Wer nun allerdings erwartet, dass der Einsatz von Sulfuryldifluorid damit endet, wird enttäuscht. Vorhandene Lagerbestände dürfen noch bis zu sechs Monate abverkauft und bis zu 18 Monate eingesetzt werden.

Die Deutsche Umwelthilfe hat gegen diese großzügige Übergangsregelung Widerspruch eingelegt. Parallel dazu fordert die Organisation gemeinsam mit dem Umweltinstitut München und »Protect the Planet« gegenüber der Europäischen Kommission, die Genehmigung von Sulfuryldifluorid nicht zu erneuern. Angesichts der bekannten Klimawirkung erscheint diese Forderung alles andere als radikal. Vielmehr stellt sich hier die Frage, weshalb ein Stoff mit einem derart hohem Treibhauspotenzial überhaupt noch Bestandteil einer Exportkette sein kann?

Besonders bemerkenswert ist dabei, dass längst Alternativen existieren. Die Begasung mit Sulfuryldifluorid ist keineswegs die einzige Möglichkeit, um Rundholz nach China exportieren zu können. Schon länger ist bekannt, dass die dortigen Behörden auch hitzebehandeltes Holz akzeptieren. Dies wurde u.a. im Rahmen des Projekts KLIMAtiv des Thünen Instituts, bei dem hitzebehandeltes Fichtenholz nach China exportiert werden konnte, nachgewiesen.

## Verhältnis Rundholzexporte zu Einsatz von SO<sub>2</sub>F<sub>2</sub>



Quelle: Eigene Grafik

Das eigentliche Problem scheint daher weniger technischer als struktureller Natur zu sein. In Hamburg existiert keine Firma, die größere Mengen Rundholz mittels Hitzebehandlung aufbereiten kann. Statt in entsprechende Infrastruktur zu investieren, setzte man über Jahre auf ein Verfahren, das dem Klima massiven Schaden zufügt. Das mag kurzfristig wirtschaftlich bequem gewesen sein. Mit einer ernsthaften Klima- und Nachhaltigkeitspolitik hat es jedoch wenig zu tun. Wer Klimaschutz glaubwürdig vertreten will,

darf nicht nur dort handeln, wo es einfach und öffentlichkeitswirksam ist. Gerade in Bereichen, die bislang wenig Aufmerksamkeit erhalten haben, müssen klimaschädliche Praktiken konsequent hinterfragt und durch Alternativen ersetzt werden. Die Holzbegasung in Hamburg zeigt exemplarisch, dass zwischen politischem Klimaversprechen und tatsächlichem Handeln eine beträchtliche Lücke klafft und welchen Stellenwert Klimaschutz gegenüber kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen besitzt.

## Taubenschutz in der Warteschleife: Eine Million bereitgestellt – nichts abgerufen!

Von Stephan Jersch und Jens Schultz

Obwohl Geld da ist, hat der Senat auf meine Anfrage (23/3939) geantwortet, dass die Mittel für den Taubenschutz bisher nicht abgerufen bzw. verwendet wurden. Bereits im Februar 2024 hatte die Bürgerschaft mit der Drucksache 22/14616 insgesamt 1,05 Mio. Euro (bis zu 350.000 Euro p.a. über drei Jahre) für den Schutz von Stadtauben bereitgestellt. Damit sollte u.a. der Betrieb von sechs Taubenschlägen in den Bezirken Mitte und Nord finanziert werden.

Laut Senat müssten vorher »komplexe Standortfragen geklärt und vorbereitende Maßnahmen durchgeführt werden«. Dies verwundert, denn sowohl in der *Mopo* als auch in der Drucksache 22/0313 der Bezirksversammlung Altona wurden bereits im Herbst 2024 konkrete Standorte genannt.

Fraglich bleibt, warum die Stadt bei der Umsetzung so lange zögert, wo ehrenamtliche Tierschützer\*innen immer wieder auf die schwierige Situation der Stadtauben aufmerksam machen. Warum die Stadt hier nicht ins Handeln kommt, steht in den Sternen.

Taubenschlägen helfen gerade in Städten, die Taubenpopulation tiergerecht zu kontrollieren. In betreuten Taubenschlägen finden die Tiere Futter, Wasser und sichere Nistplätze.



Tauben-Hingucker (Foto: Jens Schultz)

Gleichzeitig können Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden, wodurch sich die Zahl der Stadtauben langfristig verringert. Außerdem bleiben öffentliche Plätze sauberer, da sich die Tauben an bestimmten Orten aufhalten und dort betreut werden. So profitieren sowohl die Tiere als auch die Menschen in der Stadt.

Wir als Linksfraktion werden uns in der Bürgerschaft weiterhin für ein städtisches Taubenschutzkonzept einsetzen; vor allem werden wir darauf achten, dass die vorhandenen städtischen Mittel nun auch endlich für den Taubenschutz ausgegeben werden, denn das ist in der Stadt bitter nötig.

## »Mieten steigen weiter, Umland holt deutlich auf«

Von Michael Joho

Zu meinen liebsten Materialien gehört alljährlich der Mietenreport der Schüler\*innen des Ohmoor-Gymnasiums. Wie schon in der jüngeren Vergangenheit legte der Profilkurs Geographie (11. Klasse) unter Leitung von Christopher Gnann und Carl-Jürgen Bausch Anfang Mai eine Analyse des aktuellen Mietmarktes vor. Dafür wurden dieses Mal zwischen Januar und März 2026 rund 5.000 individuelle Mietwohnungsinserate von »Immowelt« und etwa 300 weitere von anderen Immobilienplattformen ausgewertet. Damit bilden die Daten, Tabellen und Kurven ab, was sich

auf dem Neuvermietungsmarkt in Hamburg und im direkten Umland abspielt.

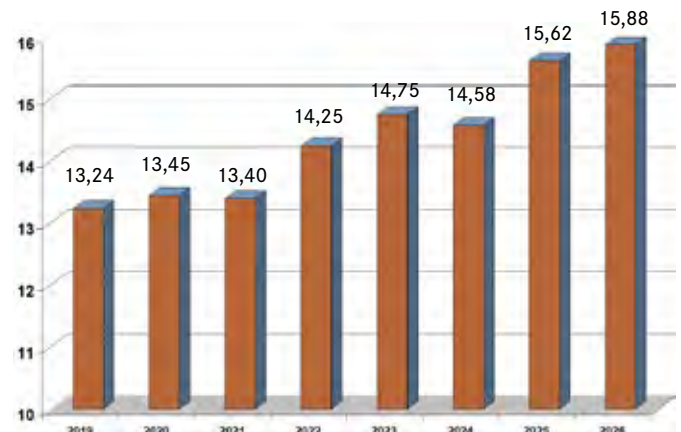
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) und der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) nörgeln seit Jahr und Tag, die Ohmoor-Studie sei nicht repräsentativ. Die darin ausgewerteten Inserate würden ja die Bestände von SAGA und Genossenschaften kaum berücksichtigen, da diese andere Kanäle der Vermittlung nutzen. Das trifft auch zu, wird aber auch von niemandem bestritten. Allerdings sind sehr viele Hamburger Haushalte auch mit

wenig(er) Einkommen mehr denn je auf den »freien Mietwohnungsmarkt« angewiesen, da die Zahl der Sozialwohnungen von Jahr zu Jahr zurückgeht. Anfang des Jahres bezifferte das renommierte Pestel-Institut das Fehlen in Hamburg mit 26.000 Sozialwohnungen ([Hinz&Kunzt online](#) vom 15. Januar).

Wie üblich wurden die Ergebnisse der Ohmoor-Untersuchung am 4. Mai in Kooperation mit dem Mieterverein zu Hamburg präsentiert. Die Überschrift zu diesem Artikel ist auch die der Pressemitteilung des Mietervereins: Die Neuvertragsmieten in Hamburg sind weiter angestiegen, nämlich von 15,62 Euro im letzten Frühjahr auf nunmehr 15,88 Euro je Quadratmeter – ein Plus von 1,8%. Deutlich schneller gewachsen sind jedoch die Mieten in den sechs Hamburger Umlandkreisen, nämlich auf durchschnittlich 12,65 Euro, ein Anstieg von 4,8% gegenüber dem Vorjahr. Der Wohnungsmangel in Hamburg treibt offenbar viele Menschen in die Vororte, wo wiederum genau deswegen die Mieten überproportional anziehen.

Für die einzelnen Stadtteile und etwaige Mieter\*inneninitiativen ist sicherlich auch die Detailanalyse der »freien Mietwohnungen in Hamburg und in den Randkreisen« interessant. Daraus ergibt sich hinsichtlich der Mietpreise auch das »Ranking« der teuersten und günstigsten Viertel. Die Alt-

### Preisentwicklung auf dem freien Mietwohnungsmarkt in Hamburg von 2018–2026 in Euro/qm<sup>2</sup>



Eine der Tabellen aus der [Ohmoor-Studie im Netz](#).

stadt ist auf dem vermietet\*innenfreundlichen Treppchen mit 30,88 Euro je Quadratmeter netto/kalt ganz oben, gefolgt von Eppendorf (23,08 Euro), Hafencity (21,36 Euro) Rönneburg (20,41 Euro).

## Alle unter einem Dach!

Das neue »Haus der Bürgerschaft« ist bezugsfertig

Von Michael Joho

In wenigen Tagen erfolgt der Umzug aller Bürgerschaftsfraktionen in den Um- bzw. Neubau am Alten Wall 38, die Bürgerschaftskanzlei hat den Ortswechsel bereits vollzogen.



Visualisierung des Hauses der Bürgerschaft, Blick über den Alsterfleet auf das Gebäude (aus der Pressemitteilung des Senats vom 23.5.2023)

Nur wenige hundert Meter vom Rathaus und dem Sitzungssaal des Landesparlaments entfernt, wird es erstmals (fast) alle Abgeordneten und deren Mitarbeiter\*innen – jedenfalls sämtliche Fraktionen – sowie die gesamte Bürgerschaftsverwaltung in einem großen Gebäude vereinen. Das wird, so die Hoffnung, neue Synergieeffekte der Zusammenarbeit freisetzen, nicht zuletzt erspart es allen Beteiligten den teuren und aufwendigen Umzug nach jeder Neuwahl, weil die Fraktionsstärke, mithin die Zahl der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter\*innen, sich mal wieder geändert hat und ein Umzug ansteht. Ich selbst habe seit 2008 einen solchen Umzug bereits dreimal erlebt, und es war jedes Mal ein nervendes Unterfangen, hunderte Kisten zu packen, Möbel ab- und wieder aufzubauen und alles neu zu strukturieren. Und als Historiker machte mich jeder räumliche Wechsel ein wenig traurig, weil etliche Kartons »Altpapier«, also Unterlagen der Fraktions-, Abgeordneten- und Mitarbeiter\*innentätigkeit, in den Schredder wanderten. Das wird in Zukunft nicht mehr passieren, weil das Material im digitalen Datensumpf eine sehr

viel schnellere Verfallszeit hat. Ein Klick, und Geschichte ist perdu.

Acht Stockwerke mit 232 Türen hat das neue Haus der Bürgerschaft, das mit 9.850 Quadratmetern Nutzfläche genügend Platz bietet, die zuletzt auf fünf externe Standorte verteilte Bürgerschaft an diesem Ort und im Rathaus zu vereinen. »Seit über zwei Jahrzehnten gibt es Pläne für ein gemeinsames Haus«, hebt Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit in einer Presseerklärung vom 23. Mai hervor. Der Mietvertrag böte Hamburg mit einer Laufzeit von 30 Jahren eine hohe Planungs- und Kostensicherheit. Die monatliche Nettokaltmiete beträgt rund 354.600 Euro, laut Pressemitteilung »eine marktübliche Miete für das Objekt mitten in der Hamburger Innenstadt«.

Auch für die Linksfraktion heißt es nun, Abschied zu nehmen von der Etage in der Burchardstraße 21, wo sie seit Oktober 2020 untergebracht war, nachdem sie zuvor im Rathaus, in der Schauenburgstraße, in der Buceriusstraße 2 am Domplatz und in der Lilienstraße 15 Quartier bezogen hatte.

## Wahlkreisbüro Bergedorf: Tag der offenen Tür am 9. Juli

Von Jens Schultz

Der Sommer kommt nach Bergedorf – und damit auch wieder die Gelegenheit zu einem offenen, entspannten Nachmittag im Wahlkreisbüro von Stephan Jersch. Unter dem Motto »Summer in the Wahlkreisbüro« sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen, vorbeizuschauen, miteinander ins Gespräch zu kommen und das Büro einmal ganz ungezwungen kennenzulernen.

Am **Donnerstag, den 9. Juli**, öffnen sich von 14.00 bis 19.00 Uhr für die Gäste die Türen am Weidenbaumsweg 19 (1. OG), gelegen direkt am Bergedorfer Bahnhofsvorplatz. Ob politisch interessierte Bergedorfer\*innen oder auch einfach Menschen aus der Stadt, die neugierig sind – alle sind willkommen.

Der Tag der offenen Tür bietet bewusst Raum für Begegnungen abseits des oft hektischen politischen Alltags. In lockerer Atmosphäre kann über aktuelle Themen gesprochen, können Fragen gestellt oder Ideen und Anliegen ausgetauscht werden. Gleichzeitig soll der Nachmittag aber auch einfach Gelegenheit sein, bei einem Getränk zusammenzukommen, bekannte Gesichter wiederzutreffen oder neue Kontakte zu knüpfen.

Wie immer wird auch für das leibliche Wohl gesorgt: Kühle Getränke und ein kleiner Imbiss stehen bereit und laden dazu ein, ein wenig zu verweilen und den sommerlichen Nachmittag gemeinsam zu genießen.

Stephan Jersch und sein Team freuen sich auf viele gute Gespräche, interessante Begegnungen und zahlreiche Besucher\*innen beim »Summer in the Wahlkreisbüro« in Bergedorf.

## Tipps & Termine

»Deutschland reißt Klimaziel für 2030 und alle Ziele bis 2045«, das ist die Horrormeldung, die das »Neue Deutschland« am 18. Mai brachte. Hintergrund: Laut Expertenrat für Klimafragen – ein unabhängiges Gremium, das die Bundesregierung berät – wird das gesetzliche **CO<sup>2</sup>-Budget für die aktuelle Dekade von 2021 bis 2030 um 60 bis 100 Millionen Tonnen absehbar überschritten.** Bei der gegenwärtigen Klimapolitik in Deutschland sei die vorgeschriebene Klimaneutralität bis 2045 nicht einmal bis 2050 zu erreichen, so der fünfköpfige Expert\*innenrat.

Auf einen wichtigen Aspekt dieses Dramas hat kürzlich die **Deutsche Umwelthilfe** (DUH) aufmerksam gemacht. Am 9. Juni veröffentlichte die Organisation ihren **Hitze-Check 2026**, nach dem zwischen 2018 und 2025 in den 195 deutschen Großstädten mit mehr als 50.000 Einwohner\*innen fast eine Million **Bäume »verschwinden«** sind ([taz online](#)), **alleine in Hamburg in den vergangenen sieben Jahren 43.157.** In ihrem zwölfseitigen **Positionspapier zu Grün in der Stadt. Stadtgrün als Klima- und Gesundheitsinfrastruktur** vom 3. Juni führt die DUH zusammenfassend aus: »Stadtnatur ist keine freiwillige Verschönerung der Stadt, sondern Voraussetzung für wirksamen Hitzeschutz, Gesundheitsschutz, Bio-

diversität, Hochwasserschutz und Umweltgerechtigkeit. Die zunehmende Überhitzung dicht bebauter Quartiere zeigt, dass freiwillige kommunale Programme und unverbindliche Leitbilder nicht ausreichen. Hitzebelastung ist in Städten ein immer drängenderes Problem. Gleichzeitig werden Grünflächen nicht systematisch erhalten und flächendeckend ausgeweitet. Im Gegenteil: Grünverlust und Versiegelung schreiten in vielen deutschen Städten weiter voran. Obwohl die Folgen bereits spürbar sind, tun viele Städte noch zu wenig, um bestehende Grünflächen zu schützen, neue Flächen zu schaffen und Stadtgrün langfristig zu sichern. Besonders kritisch ist, dass gerade die wirksamsten Elemente urbaner Natur weiter unter Druck stehen: große Bestandsbäume, gewachsene Grünflächen, unversiegelte Böden und Stadtwälder.« Alle Materialien der DUH sind [hier](#) im Netz aufzurufen.

Und noch eine interessante [umweltpolitische Studie](#) hatte Greenpeace bereits im April vorgelegt. Ihr Titel: **Weniger Tempo – Mehr Entlastung. Wie stark ein Tempolimit den wachsenden Kostendruck senken kann.** Das nur sieben Seiten lange Papier kommt mal nicht vorrangig über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern über die Ersparnis, die Autofahrer\*innen hätten, wenn sie auf Autobahnen Tempo 100 einhielten. Benziner beispielsweise würden durch ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen im Durchschnitt 154 Euro pro Jahr einsparen (bei Spritkosten von 1.597 Euro), bei Diesel-Pkws gäbe es eine Einsparung von 274 Euro (bei einer Jahresbelastung von 274 Euro). Mehr [unter](#). Und was das gesellschaftlich hochgerechnet bedeuten würde, veranschaulicht die nachfolgende Tabelle.

**Tabelle 3: Finanzielle Auswirkungen eines Tempolimits (Autobahn/Landstraße) national**

Bundesweit	Verbrenner (Durchschnittliche Fahrleistung aller Antriebsarten)*	Benziner (Durchschnittliche Fahrleistung)*	Diesel (Durchschnittliche Fahrleistung)*
Spritverbrauch pro Jahr	43,50 Mrd. l	25,88 Mrd. l	17,61 Mrd. l
Spritkosten pro Jahr	98,49 Mrd. €	56,17 Mrd. €	42,32 Mrd. €
Einsparungen durch Tempolimit 130/100	2,76 Mrd. €	1,57 Mrd. €	1,19 Mrd. €
Einsparungen durch Tempolimit 120/100	4,92 Mrd. €	2,81 Mrd. €	2,12 Mrd. €
Einsparungen durch Tempolimit 100/80	9,46 Mrd. €	5,39 Mrd. €	4,06 Mrd. €

Aus der [Greenpeace-Broschüre](#) »Weniger Tempo – mehr Entlastung« vom April 2026

Übrigens hat es Greenpeace wunderbarerweise nicht nur bei Studien und klugen Einschätzungen belassen, wie wir der Presseerklärung vom 8. Juni entnehmen: »An allen 26 beschilderten deutschen Autobahn-Grenzübergängen haben 65 Aktivist\*innen von Greenpeace **heute Morgen die unverbindliche Richtgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern mit roten »Höchstgeschwindigkeit 100«-Schildern überklebt**. Damit protestieren sie für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen als Antwort auf die fossile Krise. Mit ihrem Protest weisen die Umweltschützer\*innen auf die vielfältigen Vorteile eines Tempolimits hin. So kann etwa eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 100 auf Autobahnen und 80 auf Landstraßen die durchschnittliche Spritrechnung dauerhaft stärker senken, als der umstrittene Tankrabatt es für kurze Zeit tut.



Äkshn vom Feinsten (von der [Greenpeace-Homepage](#))

Es ist ja vielleicht nur eine satirische Überschrift im »Postillion«, mit seinen »ehrlichen Nachrichten seit 1845«, aber es trifft die Lage auf den Punkt, also: **Bürokratieabbau: Regierung will Tankrabatt künftig direkt an Ölkonzerne überweisen**. Recht so, was alles verloren-ging an Kapitalförderung, nur weil sie indirekt über die Tankstellen lief ... »Der Spiegel« meldete online am 5. Mai, dass die Tankstellen bei Diesel nur vier Cent vom Steuerrabatt weitergeben würden, dabei sollten es doch 17 Cent sein. Und Greenpeace berechnete, dass die Ölkonzerne alleine **im ersten Monat nach der Einführung des »Tankrabatts« einen Übergewinn von 702 Millionen Euro** eingefahren haben, so die [taz online](#) am 5. Juni. Warum immer so umständlich, wenn der regierungsamtlich erhobene Extraprofit nicht gleich auf die Kaiman-Konten der Ölkonzerne wandert? Von den energie- und klimapolitischen Begleiterscheinungen dieses famosen »Tankrabatts« mal ganz abgesehen.

Ein klitzekleiner persönlicher Beitrag wider die Klimakatastrophe könnte der **Bau eines Balkonkraftwerks**



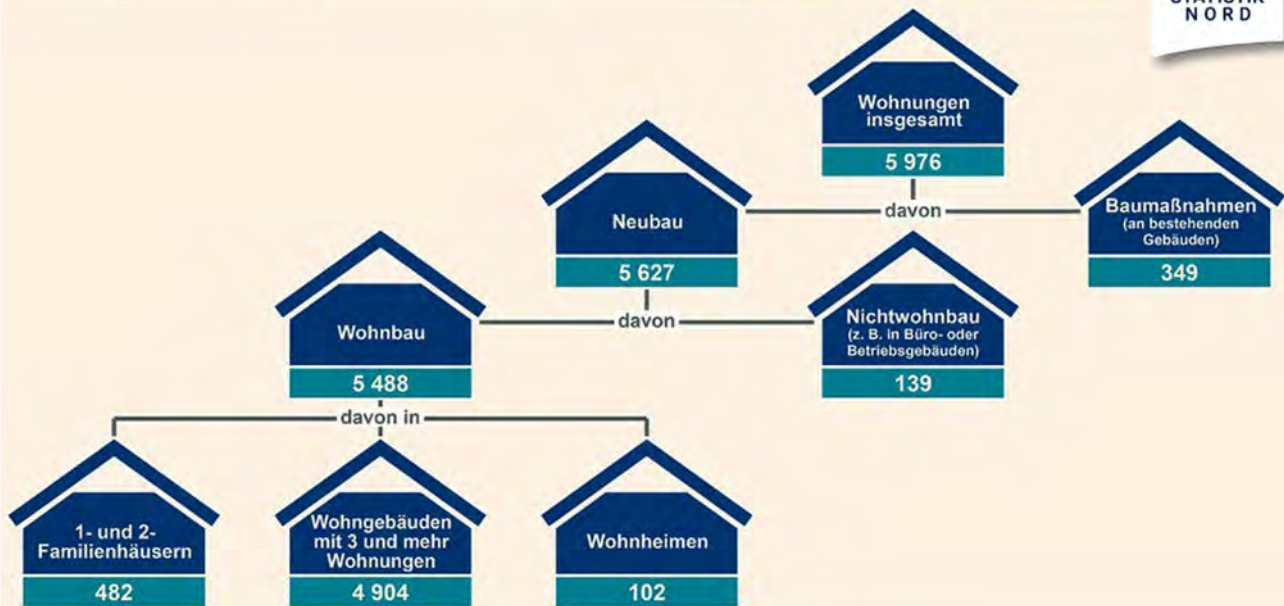
Von der [SoliSolar-Website](#)

sein. Wie das geht, was das kostet und welche Förderung möglich ist (bis auf null Euro Kosten bei Haushalten mit geringem Einkommen!) erfahren Interessierte beim Anbieter **SoliSolar-Hamburg. Lokale Energiewende selbst machen – mit Sonnenstrom vom Balkon.**

**Weniger fertiggestellte Wohnungen gemeldet**, so lautet die Pressemitteilung des Statistikamtes vom 22. Mai über die Wohnungsbauzahlen des vergangenen Jahres (siehe auch Grafik nächste Seite). Eine typische, euphemistische Formulierung dieser Behörde, denn treffender sollte es doch heißen: Die seit Jahren propagierte Zielzahl von 10.000 neuen Wohnungen stärker denn je verfehlt! »Hinz&Kunzt« brachte es auf den Punkt: »Weniger Wohnungen als im vergangenen Jahr wurden in Hamburg zuletzt vor 13 Jahren fertiggestellt«. Wahrheit und Realität hin oder her, das liest sich eben nicht so gut. Tatsächlich sind **in 2025 gerade mal 5.976 neue Wohneinheiten entstanden und damit 2.343 (= 28%) weniger als im Vorjahr**. Bezeichnenderweise ist der Rückgang des Neubaus von Eigentumswohnungen nicht annähernd so negativ ausgefallen: 1.610 waren es 2024, 1.554 in Jahre 2025 (-3,5%). Aber bei den neu errichteten Sozialwohnungen ist der Rückgang von 2.261 Wohneinheiten (2024) auf 1.953 (2025) schon etwas spürbarer (nämlich fast -14%). Die paar Mieter\*innen mit weniger Kohle im Portemonnaie werden das schon verkraften. Es ist ja auch nur **jede/r dritte Teilnehmende** der laut ARD-Mitmachaktion [#besserwohnen](#) von Ende März **Angst hat, dass die Mietwohnung Zukunft unbezahlbar werden könnte**.

Ein interessantes **Rechtsgutachten** hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte Ende April vorgelegt. Sie trägt den Titel **Berlin ohne Dach – Zur Zukunft des sozialen Wohnraums in Berlin**. Auf 248 Seiten wird dargelegt,

## Fertig gestellte neue Wohnungen in Hamburg 2025



Grafik des Statistikkamtes Nord vom 22.5.

welche Bedeutung die Einführung einer landesrechtlichen **Sozialwohnungsquote** für Wohnungsunternehmen bzw. Vermieter\*innen mit einem Bestand von mehr als 50 Wohneinheiten hätte. Die Studie gibt es [hier](#).

In den letzten Wochen hat der **NDR** verstärkt interessante Beiträge eingestellt. Die meist **mehrseitigen Berichte handeln von bemerkenswerten Kapiteln der Hamburger Geschichte** und stehen oft im Zusammenhang mit einer Sendung oder einem Podcast, der in der betreffenden Zeit gesendet wird. Hier sei nur exemplarisch auf den Artikel **St. Paulis Geschichte: Der lange Weg vom Hakenkreuz zum Totenkopf** vom 11. Mai verwiesen. Passend dazu der **44-minütige Videobeitrag**, der inzwischen **157.000-mal** heruntergeladen wurde und **700 Kommentare** im Netz ausgelöst hat.

Empfohlen sei hier auch noch die **längere Biografie** des 21-jährigen **Studenten Wilhelm Wilhelmsen**, der 1944 von den Nazis von Oslo nach Deutschland verschleppt wurde und in Hamburg starb – wir berichteten bereits im letzten »Bürger\*innenbrief« über ihn.

Eine Liste aller, bis zu dreiviertelstündigen historischen NDR-Fernsehsendungen der vergangenen Jahre (**Reihe »Unsere Geschichte«**) gibt es [hier](#). Weitere TV- und Hörfunksendungen [hier](#).

Gerade erst hat die Hamburger Schulbehörde mit der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag über den **Einsatz von Jugendoffizier\*innen in den Schulen** geschlossen. **Tornado-Einsätze** knapp oberhalb der Stadt und ein zweites »Bürgerfest anlässlich des **Nationalen Veteranentages**« auf dem Rathausmarkt am 14. Juni markie-



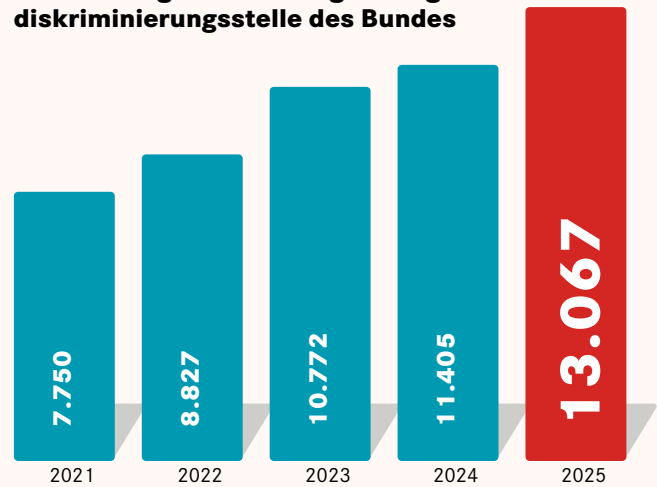
ren den mehr als nur schleichenden Übergang in eine Gesellschaft, die das Militär und den Militarismus in den Alltag zurückkehren lässt, damit wir spätestens bis 2029 **kriegstüchtig** (Boris Pistorius, SPD) werden. Männer zwischen 17 und 45 Jahren brauchen fortan eine Genehmigung der Bundeswehr, um länger als drei Monate ins Ausland zu reisen. Mannomann! Da kommt doch gerade eine neue Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem ironischen Titel »Die **Wehrpflicht** hat noch niemandem geschadet!« richtig. Auf 40 Seiten nimmt der Autor David Scheuing Mythen und Fakten zu Kriegsdienst und Wehrpflicht aufs Korn.

Okay, es ist nicht nur die von Olaf Scholz seinerzeit verkündete »Zeitenwende«, die eine/n bange werden lassen kann, es sind auch die globalen Veränderungen im Zusammenhang mit Kriegen, Militär und Rüstung. **Jede Sekunde (!) wurden in 2025 weltweit 3.200 Euro für Atomwaffen ausgegeben**, so das Ergebnis einer Studie der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Alleine die **USA haben im vergangenen Jahr mehr Geld für Atomwaffen investiert als die anderen acht Länder mit solchen Vernichtungswaffen zusammen**. In den USA waren es 69,2 Milliarden Dollar, gefolgt von China mit 13,5, Großbritannien mit 12,6 und Russland mit 9,5 Milliarden (taz online vom 9.6.). **Mehr Waffen, mehr Kriege, weniger Demokratie**, zu diesem Fazit kommt denn auch das »Friedensgutachten 2026« der vier deutschen Friedensforschungsinstitute Anfang Juni. Gewarnt wird vor einer Welt, in der militärische Gewalt zunehmend normal wird (Neues Deutschland online vom 8.6.).

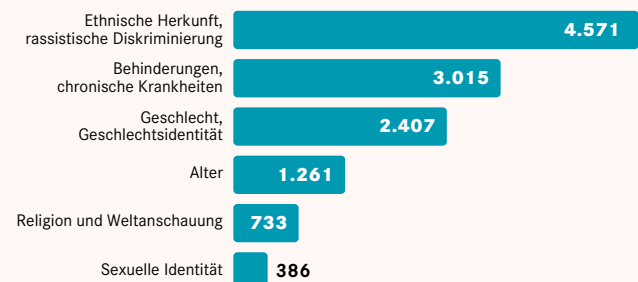
Zu den lesenswerten und zugleich ernüchternden Publikationen zählt der alljährlich von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes herausgegebenen **Antidiskriminierungsbericht**. Der **Report über das Jahr 2025** ist Anfang Juni publiziert worden. Auf 80 Seiten schildert Ferda Ataman, die »Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung«, über alltägliche, skandalöse Fälle, die dem gleichen Recht für Alle zutiefst zuwiderlaufen. In der Entwicklung der Beratungsanfragen an die Antidiskriminierungsstelle schlägt sich die wachsende Problematik, bestenfalls die zunehmende Wahrnehmung nieder.

**Inge Stolten neu im Hamburger Straßenbild**, so haben wir einen Artikel im vorletzten Bürger\*innenbrief vom 16. April überschrieben. Es ging darum, dass für die bekannte Publizistin (1921–1993) auf Initiative der St. Georger Geschichtswerkstatt von 2022 nun endlich eine Straße, nun ja, ein Weg nach ihr einbenannt werden konnte. Am **Dienstag, den 16. Juni**, 18.00 Uhr, lädt

### Entwicklung der Beratungsanfragen an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes



### Beratungsanfragen nach AGG-Merkmalen im Jahr 2025



Die gemeldeten Fälle steigen signifikant an und beziehen sich zu etwa einem Drittel auf rassistische Diskriminierungen.

**Inge-Stolten-Weg**

Inge Stolten (geb. 23.03.1921 in Hamburg, gest. 04.05.1993 ebenda) war eine in St. Georg aufgewachsene Publizistin, Schauspielerin und Politikerin.

**Einweihung des Inge-Stolten-Weges**

**Dienstag, 16. Juni 2026, 18 Uhr**

**Treff: Ecke Ernst-Merck-Straße/Holzdammm**

der Verein zu einer **kleinen Feier** an der Ernst-Merck-Straße/Ecke Holzdammm ein, um dieser bedeutenden St. Georger Persönlichkeit zu gedenken. Und, wie es im BB im April hieß, wohl erstmals in Hamburg auch eine PDS-Politikerin im Straßenbild zu würdigen.



Aus dem [Veranstaltungskalender der Hamburger LINKEN](#)

Am **Mittwoch, den 17. Juni**, tagen zum wiederholten Male **Mieter\*innen der SAGA**, um gemeinsam ihre Interessen gegenüber dem städtischen Wohnungsunternehmen zu vertreten. Das vom Hamburger Mieterverein und der LINKEN unterstützte Projekt zielt auf die Bildung von Mieter\*innengruppen in den Quartieren ab. Mehr **Mobilisierung vor Ort** verbessert die Chancen, Forderungen gezielter und wirkungsvoller bei der SAGA vorzutragen, nicht zuletzt im Hinblick auf die **Schaffung von Mieter\*innenbeiräten**, die es zwar in Berlin, aber bisher nicht in Hamburg gibt. Die Zusammenkunft beginnt um 17.45 Uhr in der Hauptgeschäftsstelle des Mietervereins am Berliner Tor (Beim Strohhause 20).

Um Hamburgs Innenstadt im Wandel geht es auf einer einstündigen Online-Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am **Donnerstag, den 18. Juni**, um 12.30 Uhr. Gesprächspartner der Moderatorin Prof. Dr. Monika Grubbauer (HafenCity Universität Hamburg) ist der neue **Innenstadtkoordinator Dr. Julian Petrin**. Dieses Amt ist 2022 eingerichtet worden und fungiert als »zentrale Schnittstelle zwischen der Stadt, den Innenstadtakteuren, dem Einzelhandel, der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der breiten Öffentlichkeit«, wie die FES betont. Infos und Anmeldung [hier](#).

Eine **Umwelt- und stadtentwicklungspolitische Fahrradexkursion durch die Veddel** und das mittlere Wilhelmsburg hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit den Naturfreunden Hamburgs für **Samstag, den 20. Juni**, angesetzt. Es gilt, Kontraste innerhalb weniger Kilometer zu erleben. Startpunkt ist um 11.00 Uhr die U-Bahnstation Elbbrücken (Ausgang zur HafenCity), gegen 17.30 Uhr endet die ca. 20 Kilometer lange Tour beim S-Bahnhof Wilhelmsburg. Anmeldung [hier](#).

Ebenfalls am **Samstag, den 20. Juni**, lädt der **Chaos Computer Club Hamburg** zu einer **Kundgebung** um 14.00 Uhr auf dem Hansaplatz ein. Unter dem Motto **Überwachungsfrei** geht es gegen den Ausbau staatlicher Überwachung, die bekanntlich gerade und erstmals in Hamburg mittels KI-generierter Kameras auf eben diesem zentralen St. Georger Platz erfolgt.

Am **Sonntag, den 21. Juni**, demonstriert auch die »Bürgerinitiative Trassenalarm e.V.« mit Unterstützung weiterer Gruppen **gegen den geplanten Trassenneubau von Meckelfeld nach Hannover**. Als Gegenentwurf präsentieren die Initiativen den Ausbau der bestehenden Bahnstrecke (Konzept Alpha-E). Mehr Infos unter [www.trassenalarm.de](http://www.trassenalarm.de).

Am **Sonntag, den 21. Juni**, schwingen wir uns wieder auf die Sättel, Zeit für die diesjährige **Fahrrad-Sternfahrt**. Es gilt, mit tausenden Menschen für bessere Verkehrsbedingungen und konsequenten Klimaschutz einzutreten oder besser: in die Pedalen zu treten. »Von über 80 Startpunkten im norddeutschen Raum«, so die Initiator\*innen aus den Verkehrs- und Umweltverbänden, »brechen wir mit tausenden Radfahrer\*innen zur Fahrradsternfahrt Hamburg in die Innenstadt auf. Unsere Routen führen mit Polizeibegleitung über für uns gesperrte Hauptverkehrsstraßen, die Routen südlich der Elbe führen wie gewohnt ein Stück auf der Autobahn 255 über die Elbe.« Über die einzelnen Startpunkte und die Schlusskundgebung gegen 15.00 Uhr auf dem Jungfernstieg informiert aktuell [diese Website](#).

### **Bekommen wir den Klimawandel noch in den Griff?**

Diese, schon fast rhetorisch anmutende Frage erörtert ein Podium bei einer Veranstaltung der **Patriotischen Gesellschaft** am **Montag, den 22. Juni**, ab 18.00 Uhr im Reimarus-Saal (Trostbrücke 6). Zu Gast sind die Klimamodelliererin Prof. Dr. Johanna Baehr und der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Achim Oberberg. [Hier](#) weitere Infos und Anmelde-möglichkeit.

Wer sich für **ökologisch-energetische und zugleich stadtbilderhaltende Fassadensanierung** interessiert, für den/die könnte vielleicht eine Veranstaltung am **Mittwoch, den 24. Juni**, im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6) interessant sein. Im Rahmen der Hamburger Stiftungstage wird es ab 18.00 Uhr um das konkrete Beispiel der Sanierung der Nordwestfassade des Hauses selbst gehen. **Hamburgs Backstein neu entdecken**, so der Titel der Veranstaltung mit praktischen Einblicken.

Der Verein Kultur & Justiz e.V. stellt am **Donnerstag, den 25. Juni**, das neu erschienene **Buch »Ihre Ehre ist meine Ehre«** um 18.30 Uhr in der Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes (Sievekingplatz 1) vor. Verfasst wurde es von Hannes Classen, der in der von der Landeszentrale für politische Bildung finanzierten Publikation die Biografie seines Großvaters Erwin Classen verarbeitet. Dieser war von 1933 bis 1945 Strafrichter am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg und hat in dieser Funktion Urteile gegen tausende Gegner\*innen des NS-Regimes unterzeichnet, u.a. die Todesurteile gegen die Kommunisten Fiete Schulze und Etkar André. Erwin Classens Enkel hat in seinem Werk 93 von seinem Großvater mitunterzeichnete Urteile gegen 267 Angeklagte ausgewertet und damit einen beispielhaften Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Unrechtsjustiz geleistet.



Was meint eigentlich **Sozialgerechte Energiewende in Mehrfamilienhäusern**? Um diese Frage geht es auf zwei Veranstaltungen der international agierenden »Sustainability Conference«. Am **Mittwoch, den 1. Juli**, findet von 14.00 bis 17.00 Uhr in der Handelskammer (Adolphsplatz 1) eine Veranstaltung der »Gemeinwohl Ökonomie Deutschland« (GWÖ) in Verbindung mit der »WDM Asset Service & Immobilien GmbH« statt. Von einschlägig bekannten Fachleuten wird die **Faire Energiewende in Mehrfamilienhäusern** erörtert. Die SAGA besitzt ca. 20 Prozent aller Mietwohnungen in Hamburg. Doch unternimmt sie wenig für sozial-gerechte und klimafreundliche Wärme und Solarstrom für ihre Mieter\*innen. Die »Nachhaltigkeitswerkstatt« an diesem 1. Juli soll zeigen, was deutlich besser ginge, auch und gerade in Mehrfamilienhäusern. Sechs positive Projektbeispiele werden von privaten Vermieter\*Innen, Wohnungsbaugenossenschaften und Mieter\*innen vorgestellt. Für die Veranstaltung in der Handelskammer ist eine [Anmeldung](#) erforderlich. Am **Freitag, den 3. Juli**, von 14.00 bis 16.00 Uhr, folgt dann eine Ortsbegehung im Kerbelweg in Ohlstedt. Der Vermieter Christian Warsch präsentiert seine **Pilotprojekte »Fairer Wohnstrom«** – PV-Installationen, Balkon-

kraftwerkstechnik auf dem Dach für die Selbstversorgung von Mieter\*innen, für Allgemeinstrom ... Die grüne Abgeordnete Rosa Domm hatte das ein »Vorzeigeprojekt« genannt und die Bürgerschaft bat die Umweltbehörde um die Bekanntmachung des innovativen Herangehens. Die GWÖ Hamburg unterstützt das Projekt mit einer Website. Näheres [hier](#) zu der Veranstaltung

**Noch bis Juli** währt der **11. Hamburger Architektur Sommer 2026**. Rund **300 breit gefächerte Veranstaltungen** richten sich an ein bauinteressiertes Publikum, das sich Ausstellungen anschauen, an Rundgängen und Besichtigungen teilnehmen oder auch Expert\*innen der verschiedensten Couleur kennenlernen möchte. Aus dem riesigen Angebot sei hier nur eine einzige Veranstaltung genannt, alles andere lässt sich im Netz auf einer [ellenlangen Terminliste](#) einsehen. [Hier](#) wird zur Besichtigung einer **Ausstellung zur Wohnungsgeschichte Wilhelmsburger Westen** eingeladen. Gemeint ist hier das fast legendäre **Reiherstiegviertel**, »ein vielfältiger Stadtteil, an dem die Entwicklungsgeschichte des städtischen Wohnens in Wechselwirkung mit der Industrialisierungsgeschichte bis heute sichtbar ist«, wie die Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg verspricht. Kostenfrei präsentiert werden die Ausstellungstafeln in der Honigfabrik (Industriestraße 125-131), und zwar jeweils donnerstags und freitags von 10.00 bis 20.00 Uhr sowie samstags und sonntags von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Vom **3. bis 5. Juli** finden die nächsten **bundesweiten Mietenstopp-Aktionstage** statt. Den Ausgangspunkt der neuen Mietenkampagne haben die Münchner\*innen am 7. Februar mit einer 10.000er-Demonstration gesetzt.

Anfang Juli soll in [etlichen Städten](#) für dauerhaft bezahlbares Wohnen auf die Straße gegangen werden. Mehr zu Hamburg lässt sich über die [Mietervereins-Homepage](#) herausfinden.

Mehr Infos zur allgemeinen Mietenstopp-Kampagne [hier](#).



[Internet-Quelle](#)



# Abschied von Klaus-Peter Berndt

Von Heike Sudmann

An einem Samstag Mitte April ist Klaus-Peter Berndt, von fast allen nur KP genannt, überraschend gestorben. Der Schock und die Traurigkeit waren riesig, noch am selben Abend trafen sich viele Weggefährt\*innen, Genoss\*innen und Freund\*innen, um das Unfassbare nicht alleine verarbeiten zu müssen. Am 7. Juni fand nun eine große Abschiedsfeier statt. Wir haben KP gefeiert, wir haben geweint, wir haben gelacht, wir haben ihn vermisst und vermisse ihn. Aber wir werden ihn nicht vergessen. Ein Nachmittag oder ein Artikel im Bürger\*innenbrief reicht nicht, um diesen großartigen Menschen darzustellen, zu würdigen.

Da KP weder sich noch sein Engagement in den Vordergrund stellte, war für viele überraschend, was er in seinem Leben alles so gemacht hat. Gelernter Konditor, Sozialarbeiter, Vormund für jugendliche Geflüchtete beschreiben zwar berufliche Tätigkeiten, aber nicht das Herzblut, mit dem KP immer agierte. Das gilt auch besonders für die Projekte und Aufgaben, die er ehrenamtlich erledigte. SOWAS – sein Engagement in Ghana und Nachbarländern zur Unterstützung der Ausbildung von jungen Menschen –, der Sinti-Verein, zahllose Initiativen nicht nur in Altona, Arbeit in den Ausschüssen der Bezirksversammlung, und und und – KPs Engagement war übergreifend.

In vielen Redebeiträgen wurde hervorgehoben, dass KP vor allem immer da aktiv wurde, wo es galt, direkt und konkret zu helfen, besonders in schwierigen oder scheinbar ausweglosen Fällen. Wer sich an ihn wandte, konnte sicher sein, dass KP alles tun würde. Er selbst bezeichnete sich oft als großen Chaoten. Das stimmt sicherlich auch in vielen Fragen.



Klaus-Peter Berndt, 1954 - 2026 (Foto: Heike Sudmann)

Aber KP war einer der seltenen Chaoten, der – wenn auch mit Generve für ihn und die Beteiligten – seine Versprechen einhielt. Mit KP habe ich einen wichtigen Freund und Wegbegleiter verloren. Ich bin dankbar für die gemeinsame Zeit mit ihm. Und vermisse ihn sehr.

P.S.: Mandy, Suzana, Margret, Hassan (einer seiner drei afghanischen Ziehsöhne) und vermutlich noch einige mehr (sorry, dass ich nicht weiß, wen ich noch nennen müsste), haben eine wunderbare, würdige und herzergreifende Abschiedsfeier für KP organisiert. Um einen Teilnehmer zu zitieren: Das hat uns in unserer Traurigkeit sehr geholfen.

## Der Potsdamer Parteitag der deutschen LINKEN

Vom 19. bis 21. Juni findet in Potsdam-Babelsberg die 1. Tagung des 10. Parteitags der bundesdeutschen LINKEN statt. Wichtige Diskussionen gilt es zu führen (wie die Debatte zu einem neuen Parteiprogramm), wegweisende Personalentscheidungen zu fällen (wie die der Nachfolge des aus Gesundheitsgründen nicht wieder antretenden, aus Hamburg stammenden Co-Parteivorsitzenden Jan van Aken). Um im Vorfeld wenigstens einen Eindruck vom inhaltlichen Stand der LINKEN zu bekommen, nehmen wir hier den vom Parteivorstand entworfenen Leitantrag vom 18. April auf. Nicht in Gänze, aber immerhin mit Blick auf die Einleitung und einige Schlussabsätze. Wer das Dokument vollständig lesen möchte, schaut [hier](#).



Foto vom letzten Parteitag der bundesdeutschen LINKEN (von der eigens für den kommenden Parteitag eingerichteten [Homepage](#))

# »DIE LINKE als Steinhaus bauen«

## Leitantrag für den Bundesparteitag

Vor einem Jahr haben wir entschieden, die Hoffnung zu organisieren. In einer Zeit von Militarisierung, Aufrüstung, Klimazerstörung, Sozialabbau und Rechtsruck ist dieses Vorhaben drängender denn je.

Die Menschen in diesem Land erleben inzwischen jeden Tag Angriffe auf hart erkämpfte soziale und demokratische Rechte, steigende Preise beim Einkauf, Wohnungsnot und zunehmend Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Immer mehr spüren, dass etwas fundamental falsch läuft in dieser Gesellschaft: Sie wird ärmer, während Konzerne reicher werden. Der Markt allein bringt keine gerechten Lösungen hervor. Arbeit verbürgt kein sicheres Auskommen mehr, während Vermögenseinkommen durch die Decke gehen. Der Staat kann sich gegen die Wirtschaftslobby nicht durchsetzen. Als Partei stehen wir denen, die immer mehr unter Druck stehen, bedingungslos zur Seite. Seit dem Parteitag in Chemnitz haben wir unsere Mietenkampagne gestartet: Wir organisieren Mieter\*innenversammlungen und arbeiten an einem breiten Bündnis für einen bundesweiten Mietendeckel. Wir haben Wehrdienstberatungen ins Leben gerufen, wir schaffen eine breite Öffentlichkeit für die Aktivierung einer Vermögenssteuer, wir organisieren Demonstrationen und beteiligen uns in Bündnissen gegen Angriffe auf den Sozialstaat. Unsere Aufgabe ist klar: Wir kämpfen für Verbesserungen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Wir entlarven die Vorhaben der CDU/SPD-Regierung als das Gegenteil von »Reformen«, als massive Verschlechterung sozialer Standards für die Men-

schen. Das tun wir im Parlament, in den Nachbarschaften und auf der Straße. Wir wissen, nur eine dauerhafte Verankerung unserer Ziele und Forderungen im realen Leben, in Betrieben und Stadtteilen, die Beteiligung unserer Mitglieder in allen Auseinandersetzungen auf der Seite der Mehrheit, werden die sozialen Verhältnisse verändern können.

Uns in der Gesellschaft zu verankern und für eine solidarische und friedliche Welt zu kämpfen, bleibt unsere zentrale Aufgabe. [...]

### 1. Eine neue Weltordnung

### 2. Europa als Friedensmacht und neue Bündnisse

### 3. Zeitenwende und Angriffe auf den Sozialstaat

### 4. Eine demokratische Wirtschaft in einer friedlichen Welt

### 5. Gegen den Rechtsruck: praktischer Antifaschismus

### 6. Wir wollen gewinnen: rote Leuchttürme bauen

### 7. Helfen, organisieren, kämpfen: Das Steinhaus bauen

Hoffnung entsteht aus realen Veränderungen, aus realen Siegen. Hoffnung auf Veränderung ist das wirksamste Mittel gegen Rechts. Wenn sich Mieterinnen und Mieter zusammenschließen, wenn aus Ohnmacht und Verzweiflung über die explodierenden Preise Wut und wirkungsvoller Protest gegen den Vermieter werden, dann erwächst daraus Hoffnung. Als Sozialistinnen und Sozialisten wissen wir, dass wir über diese kleinen Siege hinaus denken und planen müssen. Wir brauchen eine konkrete Utopie, dass der Kapitalismus grundlegend überwunden wird. Aber sie sind der Grundstein für



größere Siege, denn durch sie ermutigen wir Menschen, sich zusammenzuschließen und sich selbst zu wehren. An immer mehr Orten informieren wir über unseren kostenlosen Heizkostencheck und schaffen Orte des gemeinsamen Widerstands.

Nicht alle Menschen können jeden Tag selbst für ihre Sache eintreten. Deswegen ist es unser Ziel, dass es überall in der Partei Hilfe und Unterstützung für diejenigen gibt, die sie brauchen. Kein Anliegen darf uns zu klein sein. Wir wissen, dass nicht immer aus der direkten Hilfe langfristige Organisation erfolgt, aber wir sehen es als wirksames Mittel gegen eine zunehmend entsolidarisierte Gesellschaft. Die konkrete Hilfe und die organisierende Arbeit sind dabei kein Widerspruch, sondern ergänzen sich und bauen aufeinander auf. Helfen, Organisieren und Kämpfen ist unser Leitmotiv. Wir wollen allen Menschen ermöglichen und sie dazu befähigen, sich selbst zu wehren. Die Hoffnungen, die auf uns als Partei gesetzt werden, lösen wir ein durch reale Veränderungen, die wir inner- und außerhalb der Parlamente erstreiten.

Seit der Bundestagswahl sind unsere Zustimmungswerte stabil geblieben und sogar etwas gestiegen. Aber wir sollten uns auch der Tatsache bewusst sein, dass es für unseren Anspruch als sozialistische Partei nicht ausreicht, einen kleinen Teil der Menschen in diesem Land zu überzeugen. Bei der Bundestagswahl haben wir insbesondere jüngere Menschen erreicht und waren dort stark, wo auch bisher progressive Positionen populär waren. Es freut uns sehr, dass wir für diese Menschen eine Alternative zu Grünen und SPD darstellen,

von denen sie häufig enttäuscht wurden. Für die nächsten Jahre wird es unsere Aufgabe sein, diese Menschen weiterhin von linker Politik zu begeistern, aber auch darüber hinaus Menschen anzusprechen, sonst ist unsere soziale Basis zu klein und kann in Wahldynamiken zerrieben werden.

Das bedeutet: Wir müssen uns dort verankern, wo wir noch nicht so präsent sind. Egal, ob in der Industrie oder im Rettungsdienst, bereits in Rente oder gerade nicht in Lohnarbeit [...] Ein Baustein unseres Erfolgs ist der solidarische Umgang untereinander. Revolutionäre Freundlichkeit ist Maßgabe und Voraussetzung unserer Politik. Nur wenn wir selbst untereinander solidarisch bleiben, können wir glaubhaft für eine andere, eine freundliche Gesellschaft streiten.

Dieser solidarische Umgang zeigt sich in der Arbeit an der Basis, in inhaltlichen Diskussionen und im öffentlichen Raum. Wir diskutieren hart in der Sache, sprechen einander aber nicht ab, Linke zu sein.

Unser größter politischer Gegner steht rechts, unser zweiter politischer Gegner ist die Resignation. Wollen wir gegen beide stärker werden, dürfen wir uns selbst nicht schwächen. Die Lage ist zu ernst. Die Millionen Menschen, die auf uns vertrauen, erwarten von uns, diese historische Chance einer erneuerten Linken nicht zu verspielen. Wir alle tragen für diese Erneuerung Verantwortung.

Vor uns liegen noch Jahre der harten Arbeit und sicher auch noch der ein oder andere Rückschlag. Aber wir sind überzeugt: Wenn wir uns weiter auf diesem Weg bewegen, werden wir erfolgreich sein.

## VSA: Aktuelle politische Themen & ein Blick nach Berlin



Freerk Huisken  
**Schule, die 5. Gewalt**  
Die Zurichtung des Nachwuchses für Staat und Kapital  
152 Seiten | € 14,00  
ISBN 978-3-96488-269-1



Ingar Solty  
**Innere Zeitenwende**  
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift  
120 Seiten | € 12,00  
ISBN 978-3-96488-259-2



Jürgen Lichey/  
Gottfried Meyer-Thoss/  
Wolfgang Schilling  
**Ökonomische, politische und mediale Macht**  
Verschränkung von Wachstumszwang und instrumenteller Vernunft  
240 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-96488-274-5



Roland Stöß  
**Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!**  
Über den Neoliberalismus hinaus zu Autoritarismus und Faschismus  
AttacBasisTexte 65  
80 Seiten | € 8,50  
ISBN 978-3-96488-273-8



Ulrich Bochum/Jeffrey Butler/  
Klaus Kohlmeyer/  
Stephanie Odenwald  
**Berlin: I(i)ebenswert, innovativ, rebellisch**  
Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden  
228 Seiten | € 14,00  
ISBN 978-3-96488-271-4

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

## Kultur- und Lese(Hör)tipp

# Marc-Uwe Klings »Känguru-Rebellion« Oder: Theorie, die lacht!

Von Roland Wiegmann

*Die nachfolgende Rezension durften wir dankenswerterweise der »Linkskurve«, der Zeitung der Eimsbütteler LINKEN von Ende Mai entgegennehmen.*

Heute einmal nicht so »harte« Kost wie bisher. Auch leichte Unterhaltung kann sehr links und sehr politisch sein. Marc-Uwe Klings »Die Känguru-Rebellion« vom »Merz« dieses Jahres ist nicht so harmlos, wie es scheint, sondern Unterhaltung mit Agitationsnote weil eindeutig mit Klassenstandpunkt und trotzdem leicht verdaulich. Danach erträgt man allerdings endgültig keine Lanz-Show mehr.

Es knüpft an die bekannten Känguru-Werke an, aber die »Zustände«, gegen die der notorisch überforderte Kleinkünstler (der keiner sein will) und sein kommunistisches Beuteltier rebellieren, sind jetzt deutlich zugespitzt im Hier und Jetzt: Klimakrise, Überreichtum, digitale Überwachung und eine Rechte, die längst nicht mehr nur in Foren rumtrollt, sondern in Parlamenten sitzt. In einer Welt, die eigentlich verrückter ist als ein Satiriker es sich ausdenken kann, macht Kling (scheinbar auf banale Weise aber von der intellektuellen Schärfe durchaus mit Volker Pispers oder Georg Schramm vergleichbar) nebenher unmissverständlich klar, dass Technologieoffenheit à la FDP nichts mit Fortschritt, aber alles mit fossilen Profiten zu tun hat: »2024 wurden weltweit mehr Ferraris verkauft als Wasserstoffautos. Wer von Technologieoffenheit södert, ist ein WeltverbrennerLobbyist.«

Positiv bemerkenswert ist, dass Känguru und Autor in der Klimafrage nicht bei der verbreiteten, aber wenig attraktiven »Wir müssen verzichten«-Degrowth-Liturgie einer Ulrike Herrmann stehen bleiben, sondern den Spieß umdrehen: »Ich schlage darum vor, Klimaschutz mal mit einem Wird-alles-geiler-Narrativ zu versuchen. Wenn wir konsequent auf die Energiewende setzen würden, dann wäre am Ende nämlich alles geiler ... Klimaschutz ist nachhaltige Wirtschaftsförderung. Zukunftstechnologien statt Industriemuseum. Geiler wäre zum Beispiel auch: Keine Energiekrisen mehr. Keine Abhängigkeit von fossilen Diktatoren. [...] Das Versprechen der Energiewende sollte lauten: Strom so günstig, dass es sich nicht mehr lohnt, Zähler einzubauen!« Klimaschutz also nicht als Askeseübung, sondern als umfassende Enteignung der fossilen Krisenlogik. Das hat doch was. Die Rebellion des Kängurus ist manchmal erfrischend konkret. Mit seinem Vorschlag eines »Digital Independence Day« entwirft das Känguru eine Minimalversion konkreter Gegen-



Einband der Neuerscheinung

wehr für uns alle, die trotzdem eine klare Richtung zeigt: »An jedem ersten Sonntag im Monat ist DID, der Digitale Independence Day [...] Am DID nimmt man sich Zeit, diesen einen Wechsel durchzuführen, von dem man schon sehr lange weiß, dass man ihn machen könnte. Es mangelte nur am Moment, es auch zu tun. Also zum Beispiel weg von X zu Mastodon. Von WhatsApp zu Signal oder Threema. Von Google zu

Von der Website des Autors



Ecosia oder DuckDuckGo. Mal in die Mediathek gucken und dafür Prime kündigen. Von Amazon zur lokalen Buchhandlung [...] Das Ziel ist einfach weniger Abhängigkeit, weniger Monopol, weniger Überwachungskapitalismus.«

Hier wird kein Sturm aufs Winterpalais geübt, sondern die Mikro-Sabotage des Alltags, große Revolution in homöopathischen Dosen konkret gemacht und begonnen – auch wenn diese kleinen und doch so schweren Schritte für den notwendigen Systemchange nicht reichen werden – es wären Anfänge.

Besonders wortmächtig zeigt sich Kling manchmal in fiktiven Bushaltestellen-Abenteuern, wenn er das Känguru fast schon didaktische Alliterationen kreieren lässt: »Es gibt da diese Typen auf der Welt«, sagt das Känguru, »die sind systematisch sexistisch, heillos homophob, total transfeindlich, reaktionär religiös, aggressiv antisemitisch, gerne gewalttätig, widerliche Waffennarren, liederliche Lügner, Feinde freier Medien, Widersacher der Wissenschaft, Fans von Führern und die hassen alle, die nicht so aussehen und denken wie sie selbst.« Der Typ mit der Reichskriegsflagge auf der Bomberjacke und der mit dem Siegel des Islamischen Staats auf dem T-Shirt, zwischen denen wir eingequetscht an der Bushaltestelle sitzen, blicken von ihren Handys auf [...]«.

Und schließlich: »Tax the Rich!« ist im Buch nicht nur ein Slogan, sondern wird in Alltagssprache übersetzt. Im Eckkneipen-Dialog erklärt Kling: »Ich habe übrigens letztes einen guten Witz gehört, sage ich. »Was ist der Unterschied zwischen einer Million und einer Milliarde?« Herta zuckt mit den Schultern. »Eine Milliarde«, sage ich. »Also ziemlich genau ... Eine Million ist nur ein Promille einer Milliarde ... Das ist natürlich eigentlich logisch, ergänze ich, »aber wir machen uns das zu selten klar. Dabei beschreibt es so gut die absurden Dimensionen des Überreichtums von Multimilliardären.« Hier wird in zwei Sätzen erledigt, wozu Sozialkundebücher leider nie kommen: die Entzauberung des Märchens vom »hart erarbeiteten Vermögen«.

Konsequent wird dann noch die typische »Die Reichen ziehen doch weg«-Leier aufgespießt: »Ziehen die Überreichen dann nicht alle weg, wenn man deren Vermögen besteuert?«, fragt Krapotke. »Haste zu viel Lanz jekiekt, Jungchen?«, will Herta wissen. »Von Wegzugsbesteuerung ham da alle jeschwiegen, wa? Is 'ne einfache Lösung. Jibt's in Deutschland übrigens schon.« [Damit hat Herta übrigens Recht. – Rechtsgrundlage ist § 6 Außensteuergesetz/ASt in Verbindung mit § 17 EStG/RWg.] »Außerdem kann man die Vermögensteuer einfach an den Pass binden und nicht an den Wohnsitz.« Ein lakonischer Känguru-Satz, und die angebliche Sachzwang-Logik der Talkshows sieht ganz schlecht aus.

Marc-Uwe Kling macht auch vor unserem Möchtegern-Kanzler nicht Halt. So wünscht sich sein Känguru vom Autor »Creative-Commons-Beleidigungen«, die jeder:er Demokrat:in kostenfrei benutzen darf. Etwa: Friedrich, der Möchtegerngroße, der bei jedem Widerspruch »Merzrasen« kriegt, der »Merzfeind« der Arbeiterklasse, kein »Merz für Kinder«, der drohende »Merzinfarkt« durch »Merzversagen« und auch Parteitage, die konsequenterweise in »Merzweg-Hallen« stattfinden sollten. Witz als Einstieg, Klassenbewusstsein als Ziel. »Die Känguru-Rebellion« ist Popularisierung von Widerstand. Überreichtum ist absurd, Kapitalismus zerstört Klima und Demokratie, und autoritäre Bewegungen sind keine Ausrutscher, sondern systemisch nützlich. Dass all das in Dialogen verhandelt wird, die man laut vorlesen möchte, ist kein Nebeneffekt, sondern die eigentliche Kunst: Theorie, die lacht. Wer nach dem Lesen anfängt, den nächsten »DID« zu planen, über Reichtumssteuer nachzudenken oder die eigenen Mediengewohnheiten zu ändern, hat verstanden, was dieses Buch anbietet: Eine Einladung, die große Revolution in kleine Schritte zu zerlegen und das innere kommunistische Känguru zur nächsten 1. Mai-Demo mitzunehmen.

*P.S.: Das Buch ist im Ullstein-Verlag erschienen und kostet 14,99 EUR, als Hörbuch oder Download vom Autor gelesen 12,90 EUR.*

*P.P.S.: Wer an der »Linkskurve« der Eimsbütteler LINKEN interessiert ist, bei Bedarf auch im Abo, guckt [hier](#).*



Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg